



## Freizügigkeit hilft bei der Lösung von Arbeitsmarktproblemen in Europa Neues IZA-Buch zieht Migrationsbilanz nach EU-Osterweiterung

Sind Immigranten aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten eine Bedrohung für die Wohlfahrtsgesellschaften in den alten EU-Staaten? Geht die neue Ost-West-Migration mit dem Verlust von Arbeitsplätzen für Einheimische einher? Haben die Herkunftsländer unter „Brain Drain“ oder demographischer Instabilität zu leiden? Ein aktuelles, pünktlich zum fünfjährigen Jubiläum der ersten Osterweiterungsrunde erscheinendes Buch liefert Antworten auf diese Fragen. Der von *Martin Kahane* (stellvertretender Direktor Forschung, IZA) und IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* herausgegebene Band „EU Labor Markets after Post-Enlargement Migration“ (Springer, Berlin et al. 2009) trägt den Wissensstand zu den ökonomischen Auswirkungen der Migration auf die europäischen Arbeitsmärkte zusammen. Die präsentierten Ergebnisse sind Teil eines langfristigen Forschungsprojekts des IZA zu den Arbeitmarkteffekten der EU-Osterweiterung, das von den Herausgebern des Buches im Rahmen des umfassenden IZA-Forschungsschwerpunkts „Migration“ koordiniert wird. Mit ihren zahlreichen, von internationalen Experten erarbeiteten Länderstudien zur Situation in Deutschland, Großbritannien, Irland, Schweden, Spanien, Polen, Albanien und dem Baltikum liefert die Neuerscheinung die erste derart umfangreiche Analyse. Für ausgewählte Mitgliedsstaaten werden außerdem neue Erkenntnisse zur öffentlichen Wahrnehmung der Migration nach der EU-Osterweiterung vorgestellt.

Das Buch dokumentiert überzeugend, dass es keine Hinweise auf eine Verdrängung von heimischen Arbeitnehmern oder ein Absinken des Lohnniveaus infolge der Migration aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten gibt, und dass die befürchtete Zuwanderung in die Sozialsysteme ausgeblieben ist. Obwohl der „Brain Drain“ in den Herkunftsländern durchaus spürbar ist, sprechen die Analysen dafür, dass die Fachkräftezirkulation innerhalb der

EU insgesamt zu einer besseren Lösung der demographischen und ökonomischen Probleme beitragen und die Allokationseffizienz in der EU verbessern kann. Fünf Jahre nach der EU-Erweiterung zieht das Buch eine klare Schlussfolgerung: Arbeitnehmerfreizügigkeit und offene Grenzen für EU-Binnenmigration schaffen Lösungen und nicht etwa eine Verschärfung von Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungsproblemen.

### Aktuelle Migrationstrends

Im Rahmen der ersten Stufe der Osterweiterung der Europäischen Union 2004 (EU8) öffneten zunächst nur wenige der alten Mitgliedsstaaten ihre Arbeitsmärkte mit geringen oder keinen Übergangsregelungen: Irland, Großbritannien und Schweden. Erst im weiteren Verlauf entschieden sich mehr und mehr Mitgliedsstaaten, die Restriktionen aufzuheben, darunter Spanien, Finnland, Griechenland, Portugal, Italien, die Niederlande, Luxemburg und Frankreich, sowie zuletzt Belgien und Dänemark. Dagegen setzen Deutschland und Österreich im Grundsatz weiter auf hohe Arbeitsmarktzulassungshürden und halten an ihrem Kurs stark eingeschränkter Freizügigkeit als inzwischen einzige EU-Staaten demonstrativ fest. Statt volle Freizügigkeit zu realisieren, setzt sich Deutschland damit in Widerspruch zu einer erst zu Jahresbeginn 2009 in Kraft getretenen Gesetzgebung, die auch hochqualifizierten Arbeitsmigranten aus den neuen Mitgliederstaaten de facto Freizügigkeit auf dem deutschen Arbeitsmarkt einräumt. (►Kommentar von Klaus F. Zimmermann auf Seite 16).

Bei der Erweiterung 2007 (EU2) haben zehn Mitgliedsstaaten (Tschechische Republik, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien, Slowakei, Finnland und Schweden) ihre Arbeitsmärkte bereits in der ersten Phase liberalisiert. Die zweite Phase für die EU2-Länder

### » In dieser Ausgabe

#### IZA-Preis 2009 geht an Richard Easterlin

Der US-Ökonom Richard A. Easterlin erhält den diesjährigen IZA-Preis für Arbeitsökonomie. Easterlin ist Wirtschaftswissenschaftler an der University of Southern California, Los Angeles, und gilt als Begründer der ökonomischen Glücksforschung. Die feierliche Preisverleihung findet im Oktober in Washington statt. [Seite 12](#)



Richard A. Easterlin

#### Fachkonferenz zu ökonomischen Aspekten von Risikoverhalten

Das erste „Annual Meeting on the Economics of Risky Behaviors“ (AMERB) bot zahlreichen internationalen Experten die Gelegenheit, aktuelle Forschungserkenntnisse auf diesem vielfältigen Gebiet vorzustellen und zu diskutieren. [Seite 6](#)

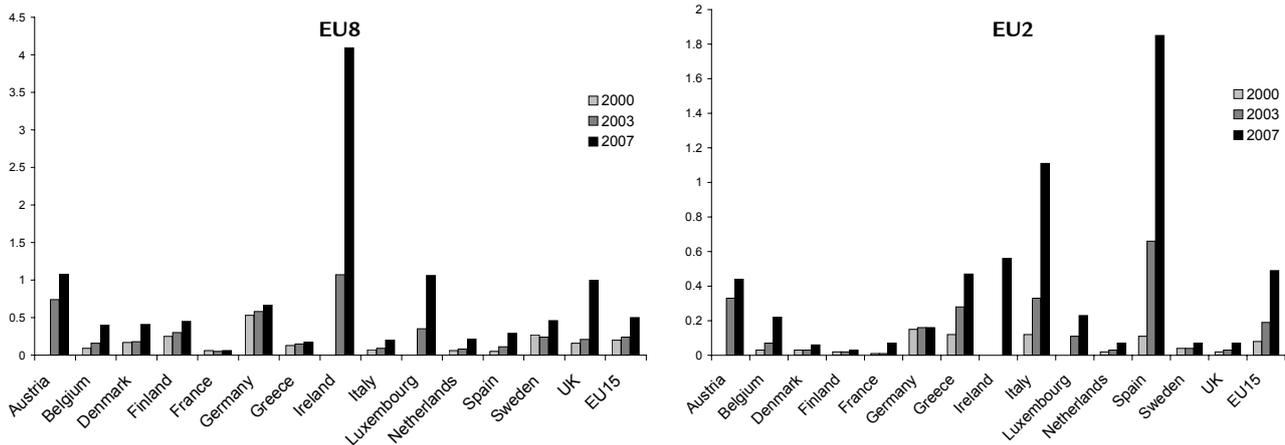
#### Im Dienste der Wissenschaft: Das Datenservicezentrum des IZA

Das IDSC stellt umfassende Serviceleistungen für die Forschung bereit und ermöglicht gemeinsam mit seinen internationalen Partnern eine neue Qualität von Datenzugriff und Datenverarbeitung. [Seite 9](#)

#### Erfolgreiche IZA-Tagungen zu Migration und Integration

Bereits zum fünften Mal richtete das IZA sein Annual Migration Meeting (AM<sup>2</sup>) aus. Zugleich hatten die teilnehmenden Forscher aus aller Welt die Gelegenheit, im Rahmen einer Themenwoche „Migration“ einzelne Fragen zu vertiefen und Forschungsk Kooperationen anzubahnen. [Seite 10](#)

Anteil der in EU15 wohnhaften Zuwanderer aus EU8 und EU2



Quelle: H. Brücker/A. Damelang, *Labour Mobility within the EU in the Context of Enlargement and the Functioning of the Transitional Arrangements. Analysis of the Scale, Direction and Structure of Labour Mobility*, IAB Nürnberg (erscheint 2009), Tabellen 3b und 4b.

Anmerkungen: Angaben in Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Daten beruhen auf unterschiedlichen Quellen. Für Portugal waren keine Daten verfügbar.

begann am 1. Januar 2009 mit Marktöffnungen auch in Spanien, Griechenland, Ungarn und Portugal. Die meisten der verbleibenden EU25-Mitgliedsstaaten haben Verfahren vereinfacht oder Restriktionen in einigen Sektoren oder Berufsfeldern gelockert.

Zwischen 2003 und 2007 stieg die Zahl der Immigranten aus den neuen Mitgliedsstaaten in den EU15. Unter den EU8-Migranten war der Anstieg in Irland und Großbritannien besonders stark, während EU2-Migranten überwiegend nach Spanien und Italien wanderten. Diese Konzentration von Migrationsflüssen in einigen alten EU-Staaten dürfte nicht zuletzt auch eine Folge von Unterschieden in den Freizügigkeitsbestimmungen der jeweiligen Länder sein, hat ihre Ursache aber wesentlich in Faktoren wie der geographischen, sprachlichen oder auch kulturellen Distanz zwischen Herkunfts- und Zielland sowie vorhandenen Migrationsnetzwerken. De facto ist ein einfacher Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Migration und den Übergangsregelungen nicht erkennbar. Insgesamt ist der Anteil von Nicht-EU27-Staatsangehörigen in den EU15 nach wie vor größer als der Anteil von Migranten aus den neuen Mitgliedsstaaten. Die Auswirkungen dieser Migrationsbewegungen auf die Arbeitsmärkte der Herkunfts- und Zielländer hängen vor allem von der Größe, Zusammensetzung und zeitlichen Beschaffenheit sowie von der generellen Funktionsweise der jeweiligen Volkswirtschaften ab.

Ein aktuelles Bild über das Wanderungsgeschehen zu erhalten, fällt nicht leicht, da die statistischen Daten ständig korrigiert werden und teilweise unvollständig sind. Einige Länder führen in ihren Statistiken weder den Bestand an Migranten noch dessen Veränderung auf. Überdies unterscheidet sich die Definition eines Migranten von Land zu Land, was zur Unterrepräsentanz

von Migranten in einigen amtlichen Statistiken führt und generell einen länderübergreifenden Vergleich erschwert. Eine Unterscheidung zwischen im Ausland geborenen und ausländischen Bürgern wird oft ebenso wenig getroffen wie eine Differenzierung zwischen temporär und dauerhaft einreisenden Zuwanderern. Illegale Migration taucht in den offiziellen Daten naturgemäß nicht auf. Tatsächlich aber könnte ein Großteil der beobachteten Migration nach der Osterweiterung der EU auf die Legalisierung von Menschen aus den neuen Mitgliedsstaaten zurückzuführen sein, die bereits früher – illegal – in den alten Mitgliedsländern lebten.

Die Zahl der ausländischen Einwohner aus den EU8 in den EU15 ist von 893.000 im Jahr 2003 auf über 1,91 Millionen oder 0,5 Prozent der Gesamtbevölkerung der EU15 bis Ende 2007 angestiegen. Dies entspricht einem durchschnittlichen Zufluss (Nettozuwanderung) von 254.000 Menschen pro Jahr aus den EU8 seit 2004, verglichen mit 62.000 pro Jahr zwischen 2000 und 2003. Der Anteil der ausländischen Einwohner aus Bulgarien und Rumänien stieg seit 2000 kontinuierlich, 2007 belief er sich auf 1,86 Millionen Menschen oder 0,5 Prozent der EU15-Bevölkerung. Im Jahr 2003 entsprach die Quote in beiden Gruppen noch 0,2 Prozent. Der Anstieg der Migration nach 2004 ist damit im Vergleich zur Bevölkerungsdichte der Herkunfts- und Zielländer recht begrenzt ausgefallen und im Fall von EU10-Migranten hauptsächlich auf Zuflüsse in Irland, Großbritannien und Österreich zurückzuführen. Gleichzeitig machten Staatsbürger aus anderen EU15-Ländern 2007 rund 1,7 Prozent (1,6 Prozent im Jahr 2003), Nicht-EU27-Staatsbürger 4,5 Prozent (2003: 3,7 Prozent) der Bevölkerung aus.

Obwohl die Statistiken zum Einwohnerbestand hinsichtlich der Erfassung der ausländischen Bevölkerung in der Regel auf Registerdaten basieren, in denen die Rückwanderung in Ermangelung effektiver Anreize zur Abmeldung meist nur unvollständig erfasst werden kann, erlauben sie doch einige interessante Beobachtungen. Erstens zeigen sie, dass der höchste Anstieg des Anteils von EU8-Einwohnern seit der Erweiterung 2004 in Irland und Großbritannien zu beobachten war. Tatsächlich wurden fast 70 Prozent der Immigranten aus den EU8 seit 2003 von Irland oder Großbritannien aufgenommen, so dass deren Anteil an der Gesamtzahl von ausländischen Einwohnern aus den EU8 in der alten EU kontinuierlich anstieg, während er sich in traditionellen Zielländern für EU8-Migranten wie Österreich oder Deutschland verringerte. Es ist daher wahrscheinlich, dass eine „Migrationsumleitung“ (Boeri/Brücker) in Länder eingetreten ist, die ihre Arbeitsmärkte früh geöffnet haben. Wäre dies nicht der Fall, so hätten wohl Netzwerkeffekte und die geographische Nähe mehr EU8-Migranten nach Deutschland und Österreich gezogen.

Doch auch andere Faktoren dürften zu dem unerwartet starken Anstieg der Anzahl von osteuropäischen Immigranten in englischsprachigen EU15-Ländern beigetragen haben: Viele Immigranten haben nach dem politischen Wandel in Osteuropa bereits in der Heimat Englisch gelernt, so dass sie nach Vollzug der Freizügigkeit in Irland und Großbritannien über eine Wanderungsoption ohne gravierende Sprachbarriere, sondern mit der Möglichkeit verfügten, diese Sprachkenntnisse gezielt anzuwenden und zu erweitern. Gleichzeitig waren in beiden Ländern auch die Arbeitskräftenachfrage und das Angebot freier Stellen zu diesem Zeitpunkt überdurchschnittlich hoch.

Für die EU2-Länder zeigt sich hingegen ein etwas anderes Bild. Hier sind Italien und Spanien die Hauptzielländer und weisen demzufolge den mit Abstand höchsten Zuwachs am Bevölkerungsanteil aus Rumänien und Bulgarien in der EU auf. Ausgehend von der relativen geographischen und im Fall von Rumänien auch der sprachlichen Nähe zu Italien und Spanien, legt dieser Migrationstrend nahe, dass geographische und linguistische Faktoren sowie Netzwerke starke Anziehungsfaktoren darstellen. Im Gesamtbild hat allerdings die geographische Distanz als migrationsbremsender Faktor mit der Verfügbarkeit von Billigfluglinien an Bedeutung verloren.

### Wer migriert?

Laut EU-Kommission weisen Migranten aus den Beitrittsländern eine höhere Arbeitsmarktteilnahme und Beschäftigungsrate als die Bevölkerung in Herkunfts- und Zielland auf. Dabei gibt es jedoch einige aufschlussreiche Ausnahmen: erst jüngst aus den EU8 nach Deutschland Zugewanderte weisen geringere Beschäftigungs- und Beteiligungs-raten, aber überdurchschnittliche Selbständigenraten auf. Der Anteil der Beschäftigten unter EU8-Immigranten in den EU15 ist höher in Kohorten, die nach der Erweiterung einwanderten, bei früheren Kohorten ist umgekehrt der Anteil von Arbeitslosen und Nicht-Beschäftigten wesentlich höher. Bemerkenswerterweise ist die Beschäftigungsquote bei beiden Gruppen in Deutschland nahezu identisch, während in Großbritannien bei nach der Erweiterung Zugewanderten eine deutlich höhere Beschäftigungsquote

beobachtbar ist. Dabei scheint Selbständigkeit im Falle Deutschlands als Mittel zur Aushebelung der Übergangsregelungen genutzt zu werden. Rund 40 Prozent der in den vergangenen vier Jahren nach Deutschland eingereisten EU10-Migranten sind der EU-Kommission zufolge als Selbständige erwerbstätig; in Großbritannien ist dieser Anteil sehr viel geringer und nur bei EU2-Migranten vergleichbar groß.

Migranten aus den neuen Mitgliedsstaaten sind mit einer höheren Wahrscheinlichkeit in Branchen mit geringen und mittleren Qualifikationsanforderungen (verarbeitende Industrie, Baugewerbe, Gaststätten/Hotels, Landwirtschaft, Privathaushalte) tätig, obwohl eine Mehrheit über einen mittleren oder besseren Schulabschluss und fast ein Viertel der EU8-Immigranten über einen hohen Bildungsabschluss verfügen. Zwar ist der Anteil von hochqualifizierten Migranten aus den EU8 in den EU15 innerhalb der Gruppe der nach der Erweiterung 2004 Zugewanderten geringer als bei früheren Immigranten, doch hat sich das Bildungsniveau von EU8-Zuwanderern insgesamt erhöht, weil sich zugleich der Anteil der Geringqualifizierten verringert hat. Bemerkenswert ist dabei, dass der Anteil von geringqualifizierten EU8-Migranten nach der Erweiterung in Deutschland deutlich höher ausfällt als vor der Erweiterung, was auf eine negative Selektion der Migranten hinweist, während in Großbritannien das Gegenteil zu beobachten ist. Im Durchschnitt sind die Migranten aus den neuen Mitgliedsstaaten vergleichsweise jung und weisen einen relativ hohen Anteil von Frau-

en sowie temporärer oder saisonaler Zuwanderer auf.

In Großbritannien, Irland und Schweden setzt sich die Mehrzahl der Migranten aus jungen männlichen EU8-Bürgern aus Polen, dem Baltikum und der Slowakei mit relativ hohem oder mittlerem Qualifikationsniveau und einer Konzentration in Branchen mit geringen Qualifikationsanforderungen und geringer Entlohnung zusammen; dies weist auf erhebliche Probleme der Herabstufung und unvollkommenen Transferierbarkeit von Humankapital hin. Dabei wird am Beispiel Großbritanniens zudem deutlich, dass die höhere Arbeitslosenquote unter den zuletzt eingereisten EU8-Immigranten auch eine Folge ihres relativ geringen Alters ist.

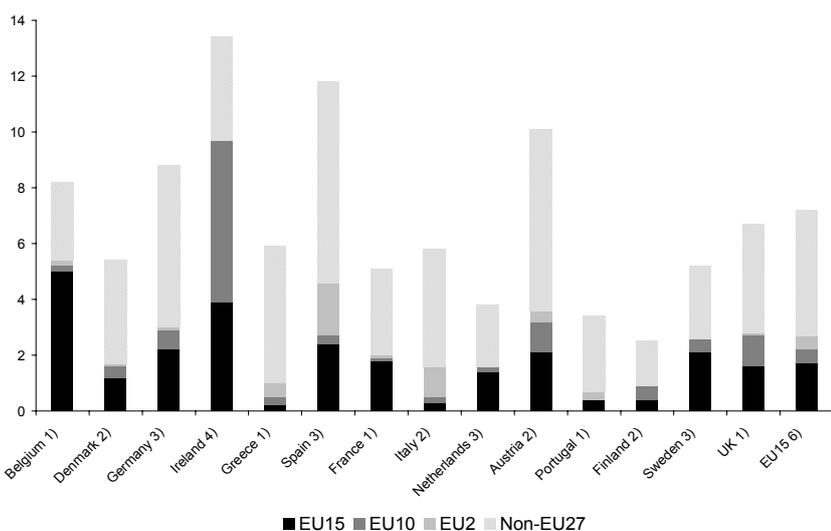
Beschäftigungsrelevante Faktoren stellen die wichtigsten Mobilitätsgründe für Zuwanderer aus den EU10 dar, wie die Analysen des Buches zeigen. Osteuropäer geben bei Befragungen eine höhere Unzufriedenheit mit Gehalt und Arbeitsbedingungen an und sind eher besorgt über die Verfügbarkeit von guten Arbeitsplätzen und die Perspektiven in ihrer aktuellen Anstellung. Diese Faktoren verstärken andere Gründe auszuwandern. Auf der anderen Seite schränken vor allem sprachliche sowie kulturelle Barrieren intra-europäische Migration ein, aber auch Sorgen um eine (angemessene) Einstellung und der erwartete Verlust von sozialen Kontakten zu Familie oder Freunden.

### Folgen der Mobilitätsbeschränkungen für den deutschen Arbeitsmarkt

Obwohl Deutschland seinen Arbeitsmarkt nicht unmittelbar für Immigranten aus den neuen Mitgliedsstaaten geöffnet hat, ist die Zahl der Zuwanderer aus diesen Ländern seit der EU-Erweiterung 2004 deutlich gestiegen. Der Nettozufluss von EU8-Immigranten fällt für den Zeitraum 2004-2007 etwa 2,5fach höher aus als im Vier-Jahres-Zeitraum vor der Erweiterung. Unter den EU8-Immigranten bilden Polen den größten Anteil; sie dominieren die Nettomigration nach Deutschland (Zuzüge minus Fortzüge) seit Jahren. Nach der Erweiterung kamen netto rund 71% der EU8-Immigranten und 63% aller insgesamt nach Deutschland einreisenden Immigranten aus Polen. Ohne die Immigration aus den EU8 hätte Deutschland einen negativen Wanderungssaldo aufgewiesen.

Die von *Karl Brenke* (DIW Berlin), *Mutlu Yücel* (IZA) und *Klaus F. Zimmermann* für das neue Buch erarbeitete Analyse deutet darauf hin, dass sich die Zusammensetzung der EU8-Immigranten in Deutschland nach der EU-Erweiterung verändert hat. Kürzlich aus den EU8 Immigrierte sind vergleichsweise älter und weisen ein geringeres Bil-

Verteilung der ausländischen Wohnbevölkerung in EU15 nach Ländergruppen



Quelle: Europäische Kommission, *The Impact of Free Movement of Workers in the Context of EU Enlargement, Report on the first phase (1 January 2007 – 31 December 2008) of the Transitional Arrangements [...]*. Brüssel, 18. November 2008, Tabelle A1.

Anmerkungen: Angaben in Prozent der Gesamtbevölkerung. Da die Werte für einzelne Länder auf unterschiedlichen Quellen beruhen, ist ein direkter Ländervergleich nicht immer möglich. Luxemburg ist aufgrund stark abweichender Größenverhältnisse nicht aufgeführt.

dungsniveau auf als frühere Immigranten aus den EU8. Zugleich stellen junge Männer aus Polen oder dem Baltikum die Mehrheit der EU8-Immigranten. Diese Veränderung der Verteilung spiegelt sich auch in deren Arbeitsergebnissen in Deutschland wider. Die Beschäftigungswahrscheinlichkeit fällt unter neuen EU8-Immigranten um 23,7% geringer aus, und sie weisen die niedrigste Arbeitsmarktbeteiligung aller Immigrantengruppen außer neuen Nicht-EU-Immigranten auf. Gleichzeitig sind sie überwiegend in lohnschwachen Sektoren tätig, leisten mehr Arbeitsstunden und verfügen über das niedrigste durchschnittliche Nettoeinkommen aller Immigrantengruppen, mit Ausnahme wiederum der in jüngeren Jahren aus Nicht-EU-Ländern zugezogenen Immigranten. Eine selbständige Beschäftigung ist unter neuen EU8 Immigranten um 15% wahrscheinlicher als bei Einheimischen. Die EU8-Immigranten arbeiten 1,8 Stunden die Woche mehr als neue Nicht-EU-Immigranten, der durchschnittliche Stundenlohn unterscheidet sich bei beiden Gruppen nicht signifikant voneinander, im Vergleich zu Einheimischen ist er für beide Gruppen im Durchschnitt 24% geringer.

Im Ganzen zeigt sich, dass kürzlich aus den EU8 immigrierte Erwerbstätige in Deutschland mit höherer Wahrscheinlichkeit selbständig als angestellt sind. Zusätzlich verdient diese Gruppe, ob angestellt oder selbständig, weniger Geld. Berücksichtigt man die hohe Zahl von Zu- und Fortzügen, so liegt die Vermutung nahe, dass ein nennenswerter Teil dieser Arbeit auf saisonaler Basis in gering bezahlten Anstellungen oder in der Landwirtschaft erfolgt. Die Ergebnisse legen nahe, dass diese Immigranten eher mit Nicht-EU-Immigranten um Stellen mit geringen Qualifikationsanforderungen konkurrieren als mit einheimischen Arbeitnehmern. Eine Antwort auf Deutschlands Bedarf an hochqualifizierten Immigranten stellt diese Gruppe nicht dar. Diese Feststellungen unterstreichen die Wichtigkeit einer offeneren deutschen Immigrationspolitik, die auf hochqualifizierte Immigranten abzielt. Die aktuelle deutsche Politik vermag es weder, den Zuzug dringend benötigter Fachkräfte zu gewährleisten, noch die Einreise von nicht benötigten Geringqualifizierten zu verhindern, so dass sich keine positiven Auswirkungen für den deutschen Arbeitsmarkt ergeben (können).

#### Brain Drain in den Herkunftsländern?

Die demographischen und ökonomischen Auswirkungen der neuen Ost-West-Migration für die EU8- und EU2-Staaten dürfen nicht unterschätzt werden, zumal die meisten dieser Staaten noch unter strukturellen und institutionellen Schwächen im Nach-

gang ihrer Transformation zur Marktwirtschaft leiden und auch von der aktuellen Wirtschaftskrise besonders stark betroffen sind. Der Verlust überwiegend junger und qualifizierter Arbeitskräfte kann langfristig potenziell negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum, die demographische Lage und die öffentlichen Finanzen dieser Länder haben. Gelegentlich werden bereits Befürchtungen laut, dass etwa in Litauen das soziale Sicherungssystem in seiner Existenz gefährdet sein könnte oder auch in Polen eine deutliche Abnahme der Erwerbsbevölkerung zu einer ernststen Belastung des dortigen Arbeitsmarktes und des Staatshaushaltes führen könne. Dieser sinkende Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter wird freilich ebenso das zukünftige Auswanderungspotenzial aus den neuen Mitgliedsstaaten schmälern.

Zu einer Bestandsaufnahme der Konsequenzen der durch die EU-Osterweiterung ausgelösten Migration gehört ferner die Feststellung, dass die Abwanderung von Fachkräften mit einer abnehmenden Arbeitslosenquote und einem zunehmenden Beschäftigungswachstum in den EU10-Staaten einhergeht. Zugleich sind dort die Löhne und Lohnstückkosten deutlich gestiegen, rangieren aber nach wie vor massiv unter dem Niveau etwa Irlands oder Großbritanniens. Auch ist die Zahl offener Stellen in den EU10 bis Ende 2007 durchweg angestiegen, was auf einen einsetzenden Arbeitskräftemangel hinweist, durch den strukturelle Schwächen auf den nationalen Arbeitsmärkten eine Verschärfung erfahren können. In mehreren neuen EU-Staaten, insbesondere Litauen und Polen, haben sowohl der Bausektor als auch das produzierende Gewerbe und der Handel unter fehlendem Arbeitsangebot zu leiden. Das „matching“ zwischen offenen Stellen und Arbeitsuchenden hat sich parallel hierzu oftmals verschlechtert. Eine der Folgen ist ein wachsender Zuwanderungsbedarf in einigen neuen EU-Staaten, durch den ein zusätzlicher Migrationskanal innerhalb Osteuropas eröffnet worden ist. So erreichte die Zahl der Immigranten in Polen im Jahr 2004 den höchsten Stand seit 1960 – Hauptherkunftsländer der Zuwanderer waren die Ukraine, Weißrussland und Russland. Hier zeigt sich ein neues Migrationsmuster: nach Westen abwandernde Bürger der EU10 werden durch Nicht-EU-Zuwanderer substituiert.

Aktuellen Forschungsergebnissen zufolge stehen die jüngeren Entwicklungen auf den Arbeitsmärkten der EU-Staaten insgesamt aber nur bedingt in Zusammenhang mit der Ost-West-Migration in die alten EU-Staaten, sondern werden vor allem durch wirtschaftliche Restrukturierung und all-

gemein zunehmenden Arbeitskräftebedarf hervorgerufen. Die Tendenz zum verstärkten Erwerb tertiärer Bildung in den neuen EU-Mitgliedsstaaten könnte den Abgang qualifizierter Arbeitskräfte mittelfristig zumindest teilweise kompensieren. Auch ein möglicher „Brain Waste“ durch eine Herabstufung höher qualifizierter EU10-Migranten auf den Arbeitsmärkten der EU15 könnte tendenziell in dem Maße aufgefangen werden, in dem die Märkte der ursprünglichen Herkunftsländer im Verlauf der nennenswerten Rückkehrmigration von den erworbenen Zusatzqualifikationen der Migranten profitieren.

Finanztransfers erfolgreicher Emigranten in ihre Herkunftsländer bilden ein weiteres „Gegengewicht“ zu den Folgen des „Brain Drains“. Indikatoren der Weltbank zeigen, dass diese Überweisungen einen erheblichen Teil des Bruttoinlandsprodukts in Bulgarien und Rumänien ausmachen und auch in den baltischen Staaten nicht zu vernachlässigen sind. Zwischen 2003 und 2006 verzeichneten die meisten neuen EU-Staaten deutlich steigende Rücküberweisungen, auffällig sind dabei die stark saisonalen Intervalle in Polen und den baltischen Staaten, die ein temporäres, saisonales Migrationsmuster in diesen Ländern dokumentieren. Die Geldanweisungen werden zum großen Teil für Konsumausgaben im Haushalt und die Anschaffung haltbarer Güter aufgewendet, zuletzt sind aber auch die Bildungsausgaben gestiegen. Zwar lassen sich die bisherigen Auswirkungen dieser Überweisungen auf die wirtschaftliche Entwicklung der EU10 nur schwer belegen, aber sie können eine positive Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung der neuen Mitgliedsstaaten spielen, insofern sie die Gesamtnachfrage nach und die Investitionen in Bildung und Geschäftsaktivitäten unterstützen.

#### Folgen der aktuellen Wirtschaftskrise

Mit dem einsetzenden Wirtschaftsabschwung in Europa im Frühjahr 2008 haben sich die Arbeitsmarktbedingungen in den alten EU-Staaten sukzessive verschlechtert. Angesichts der zurückgehenden Ost-West-Migration und den weltweit spürbaren Folgen der Krise ist ein Zusammenhang mit den Wanderungsbewegungen in Richtung altes Europa dabei zu vernachlässigen. Vielmehr betrifft die Wirtschaftskrise die EU10-Staaten in vergleichbarem Ausmaß und wird auch dort wohl eine Verlangsamung des Beschäftigungswachstums, einen Rückgang offener Stellen sowie einen Anstieg der Arbeitslosigkeit hervorrufen.

Das „natürliche Experiment“ der politisch bestimmten EU-Erweiterung und Öffnung einiger Arbeitsmärkte erfährt auf diese

Weise starke externe Beeinflussungen. Eine abschließende Analyse der Migrationsfolgen der Erweiterung unter „normalen Bedingungen“ wird damit faktisch nicht mehr möglich sein. Dennoch wird die Forschung zunächst noch von der Veröffentlichung weiterer Mikrodaten bis in das Jahr 2008 profitieren können, während sie bislang oft noch nicht einmal Zugang zu Daten aus dem Jahr 2007 hat. Spätestens mit der Freigabe der Mikrodaten von 2009 werden sich die Analysen dann auf eine neue Thematik konzentrieren müssen – Verlauf und Effekte von Migration bei voller Freizügigkeit, aber allgemeiner Rezession.

Im Vorfeld solcher Untersuchungen lassen sich bereits einige grundsätzliche Feststellungen treffen. Arbeitsmigration reagiert sehr stark auf Wirtschaftszyklen; dies gilt in besonderer Weise dann, wenn es keine Mobilitätseinschränkungen für die erstmalige Ausreise, die Rückkehr in die Heimat oder eine erneute Wanderung in das Zielland gibt, wie dies in wenigen Jahren auf dem gesamten Gebiet der erweiterten EU der Fall sein wird. Unter den aktuellen Migranten ist schon jetzt der Anteil temporärer Zuwanderer ausgesprochen hoch; er könnte sich unter den veränderten Rahmenbedingungen nochmals erhöhen. Hinzutreten könnte eine potenzielle Veränderung in der öffentlichen Wahrnehmung und Akzeptanz von Zuwanderung unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise. Dies wie auch ein Anstieg der Arbeitslosigkeit von Migranten könnte in einem steigenden Auswanderungsanreiz resultieren, zumal dann, wenn bislang nur eine unterqualifizierte Erwerbstätigkeit ausgeübt wurde und im Herkunftsland eine attraktive Beschäftigung möglich sein sollte.

Doch genau an dieser Stelle dürften sich die besonderen Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise zeigen. Anders als in normalen Wirtschaftszyklen verläuft der derzeitige Abschwung nicht asymmetrisch über die Wirtschaftsräume hinweg, sondern vollzieht sich parallel. Migranten sehen sich einer Verschlechterung der Wirtschaftslage sowohl im gegenwärtigen Aufenthaltsland als auch im Heimatland gegenüber. Stellt sich die relative Situation in den alten EU15 dabei objektiv oder auch nur subjektiv als besser dar, wird dies die Rückkehrneigung in die neuen EU10 stark dämpfen und könnte dort im Gegenteil sogar neue Migrationsabsichten wecken. Das Verhalten von Migranten aus den EU10 könnte zudem je nach Aufenthaltsland und Qualifikation abweichend ausgeprägt sein. Beispielsweise beeinträchtigt die Wirtschaftskrise in Deutschland aktuell vor allem die exportorientierten Investitionsgüterindustrien mit ihrem hohen Anteil qualifizierter Beschäftigung, während etwa Irland und Großbritannien eher unter

den generellen Auswirkungen des globalen wirtschaftlichen Abschwungs leiden, der alle Qualifikationsgruppen dort bislang gleichermaßen betrifft. Hochqualifizierte Immigranten (die oftmals eher jung, alleinstehend und ohne weitere starke familiäre Bindungen im Aufenthaltsland sind), neigen dabei eher zu Rückkehrmigration oder Weiterwanderung in andere Zielländer als geringqualifizierte Zuwanderer, die nicht annehmen können, in ihrem Heimatland oder anderswo Arbeit zu finden. Außerdem können Faktoren wie bestehende Netzwerke, Sprache oder eine sich verschlechternde wirtschaftliche Situation in der ursprünglichen Heimat als weitere Push- oder Pull-Faktoren für die europäische Ost-West-Migration wirken. Genauere Prognosen über das Wanderungsverhalten sind derzeit kaum seriös möglich.

### Schlussfolgerungen

Die Osterweiterung der EU wirkte als ein institutioneller Antrieb für das Migrationspotenzial in Europa. Die Gesamtzahl der Migranten aus den neuen Mitgliedsstaaten in den EU15 hat zwischen 2003 und 2007 deutlich zugenommen, bei sehr ungleicher Verteilung in den Zielländern. Von einer Massenmigration, wie sie vor der EU-Erweiterung gelegentlich befürchtet worden war, kann dabei freilich keine Rede sein – der Anteil der EU10-Migranten in den alten EU-Staaten bleibt bis heute kleiner als derjenige von Zuwanderern aus Drittstaaten. Die vielfach praktizierten Übergangsregelungen zur Einschränkung der Arbeitneh-

merfreizügigkeit haben offenkundig viele qualifizierte Zuwanderer aus den EU8 nach Irland oder Großbritannien „umgeleitet“, während Spanien und Italien die primären Zielländer für Migranten aus Bulgarien und Rumänien sind. Den im vorliegenden Buch versammelten Studien zufolge fehlt bislang jeder Hinweis darauf, dass diese Migranten, die in erster Linie Wirtschaftsmigranten sind, einheimische Arbeitnehmer verdrängen und deren Löhne senken oder in höherem Maße von staatlichen Transferleistungen abhängig wären als die inländischen Bevölkerungen. Die Abwanderung von jungen und qualifizierten Personen bildet für die EU10-Staaten eine Herausforderung in demographischer und ökonomischer Hinsicht. Allerdings dürfte die zu erwartende „Wissenszirkulation“ im Rahmen von zirkulärer und Rückkehrmigration einen Beitrag leisten, diese Probleme zu überwinden.

Die anhaltende Wirtschaftskrise wird zu Veränderungen im Wanderungsgeschehen führen. Jetzt auch in Deutschland die Voraussetzungen für volle Freizügigkeit zu schaffen, wäre ein wichtiger Schritt, um die Folgen der Krise zu lindern und die allokative Effizienz der EU-Arbeitsmärkte zu verbessern. Die Freizügigkeit der Bürger ist einer der Eckpfeiler der Europäischen Union. Sicherzustellen, dass sie zum wirtschaftlichen Wohlstand beiträgt und ökonomische Störungen wie die gegenwärtige Rezession zu meistern hilft, ist eine der zentralen Aufgaben für die Politik.

### Inhalt

#### 1. *EU Enlargement, European Migration Flows, and their Labor Market Effects*

M. Kahanec, A. Zaiceva,  
K. F. Zimmermann

#### 2. *The Redistributive Impacts of Migration after the EU's Eastern Enlargement*

T. Baas, H. Brücker, A. Hauptmann

#### 3. *Post-Enlargement Migration and Public Perception in the European Union*

M. Canoy, A. Horvath, A. Hubert,  
F. Lerais, M. Sochacki

#### 4. *The Effects of EU Enlargement and the Temporary Measures on the German Labor Market*

K. Brenke, M. Yuksel, K. F. Zimmermann

#### 5. *The Experience of Spain with the Inflows of New Labor Migrants*

S. de la Rica

#### 6. *Labor Market Effects of Migration to Ireland from New EU Member States*

A. Barrett

#### 7. *Post-Enlargement Migration and Labor Market Impact in Sweden*

C. Gerdes, E. Wadensjö

Martin Kahanec

Klaus F. Zimmermann

(Hrsg.)

EU Labor Markets After Post-Enlargement Migration

Springer, Berlin et al. 2009

ISBN 978-3-642-02241-8

MARTIN KAHANEC  
KLAUS F. ZIMMERMANN (EDS.)  
EU Labor Markets  
After Post-Enlargement  
Migration

Springer IZA

#### 8. *The Impact of the Expansion of the EU on the British Labor Market*

D. G. Blanchflower, H. Lawton

#### 9. *The Impact of the EU Enlargement on the Polish Labor Market*

P. Kaczmarczyk, M. Mioduszevska, A. Zyllic

#### 10. *The Post-Enlargement Migration Experience in the Baltic Labor Markets*

M. Hazans, K. Philips

#### 11. *The Labor Market Effects of Out-Migration in EU Accession Countries: The Case of Albania*

Z. Dermendzhieva, R. K. Filer

# First Annual Meeting on the Economics of Risky Behaviors (AMERB)

## Internationale Experten diskutieren ökonomische Aspekte von Risikoverhalten

Risikante menschliche Verhaltensweisen können die unterschiedlichsten Auswirkungen auf die jeweilige Person, aber auch auf deren familiäres und soziales Umfeld haben. Die möglichen Effekte berühren ebenso die Bereiche Wirtschaft, Bildung und Gesundheit wie gesellschaftliche, politische, psychologische und rechtliche Aspekte. Was veranlasst Menschen, Risiken einzugehen, und welche Faktoren beeinflussen dieses Verhalten? Ist Risikoverhalten „vorprogrammiert“ oder steuerbar? Welche Rolle spielen Kultur, Ethnizität, negative Kindheitserfahrungen oder soziales Umfeld? Wodurch können Menschen von riskantem Verhalten abgebracht werden? Wie wirkt sich das Verhalten auf Bildung, Familienstand oder Erwerbstätigkeit aus? Wie lässt sich Risikoneigung zum Erzielen positiver Effekte nutzen? Diese Fragestellungen standen im Mittelpunkt der ersten Jahrestagung zur Ökonomie des Risikoverhaltens (AMERB), die vom 20.–22. März 2009 in Washington stattfand. Organisiert wurde die Veranstaltung von *Amelie F. Constant* (DIWDC, George Washington University und stellvertretende IZA-Programmdirektorin für Migration) gemeinsam mit IZA-Fellow *Erdal Tekin* (Georgia State University).

Aus einer Vielzahl von eingereichten Forschungspapieren – ein Beleg für die wachsende Bedeutung dieses Forschungszweigs – wurden 16 Studien internationaler Wissenschaftler ausgewählt, darunter renommierte Experten ebenso wie aufstrebende Nachwuchsökonominnen. Zudem lockte die Tagung zahlreiche interessierte Wissenschaftler aus dem Großraum Washington als Zuhörer an.

Im ersten Themenkomplex wurden aktuelle Arbeiten zum Risikoverhalten im Zusammenhang mit Kindern vorgestellt. *Keith Finlay* (Tulane University) ging dabei der Frage nach, inwiefern das Bildungsniveau von Kindern dadurch beeinflusst wird, dass ihre Mütter aufgrund der Inhaftierung des Vaters nie verheiratet waren. Dabei zeigte sich erstaunlicherweise kein negativer Effekt;

hispanische Kinder unverheirateter Mütter schnitten zum Teil sogar besser ab als die Kinder „intakter“ Familien. *Kristiina Huttunen* (Labour Institute, Finnland) untersuchte anhand eines Resozialisierungsprogramms für jugendliche Straftäter in Finnland die Auswirkung alternativer Sanktionsmechanismen auf Rückfallwahrscheinlichkeit, Bildungserfolg und Beschäftigungsquoten. Demnach konnten die Programme die Häufigkeit erneuter Straffälligkeit zwar nicht verringern, zumindest aber die Arbeitmarktchancen der betroffenen Jugendlichen deutlich steigern.

Als Gastredner referierte der renommierte Kriminologe *Alfred Blumstein* (Carnegie Mellon Heinz College) zur Kriminalitätsentwicklung in den USA. In seinem Vortrag ging er vor allem auf die in den letzten 20 Jahren immens gestiegene Inhaftierungsquote ein. Laut Blumstein sind die drakonischen Gefängnisstrafen zur Bekämpfung von Drogendelikten wenig geeignet, da die verurteilten Straftäter in der Regel rasch durch kriminellen Nachwuchs ersetzt werden, was sich am stetig sinkenden Durchschnittsalter inhaftierter Drogendealer zeigt.

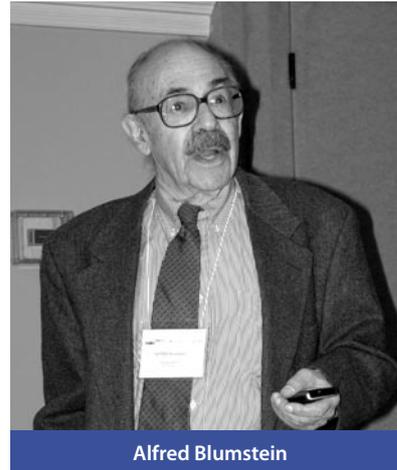
In einer Studie zum Thema Drogen, Kriminalität und Arbeitsmarkt beleuchtete *David E. Marcotte* (University of Maryland) den Zusammenhang zwischen der Verschreibungspraxis für Psychopharmaka und dem Rückgang von Gewaltverbrechen in den USA während der 1990er Jahre. Seine Ergebnisse legen nahe, dass eine konsequentere Behandlung mentaler Gesundheitsprobleme, insbesondere durch Antidepressiva, zur Verringerung von Gewaltdelikten beitragen kann. *Abigail Wozniak* (University

of Notre Dame) beschäftigte sich mit den Arbeitsmarkteffekten branchenweiter Drogentests durch den Arbeitgeber. Insgesamt führten die Drogentests zu einer Abnahme des Anteils junger Arbeitskräfte in diesen Branchen, erhöhten zugleich jedoch die Aufstiegschancen bereits beschäftigter Jugendlicher. Von der Testpraxis profitierten insbesondere geringqualifizierte Weiße, aber auch schwarze Jugendliche erzielten höhere Beschäftigungsraten und Löhne in den betreffenden Branchen. Zu den „Verlierern“ zählten vor allem Latinos, deren Erwerbstätigkeit ebenso sank wie die Aussicht auch hochqualifizierte Jobs.

*Julio Cáceres-Delpiano* (Universidad Carlos III de Madrid) untersuchte die Auswirkung einer Änderung des

Scheidungsrechts auf die Kriminalitätsrate. Er konnte belegen, dass die Einführung der einseitigen Scheidung in mehreren US-Staaten mit einem Anstieg insbesondere von Tötungs- und Eigentumsdelikten einherging. Betroffen waren davon fast ausschließlich Personen, die zum Zeitpunkt der Reform bereits geboren waren.

Mit riskantem Sexualverhalten befasste sich ein weiterer Themenkomplex. *Aureo de Paula* (University of Pennsylvania) analysierte, inwiefern junge Männer in Malawi ihr Sexualverhalten ändern, wenn sie aufgrund eines AIDS-Tests davon ausgehen können, nicht mit HIV infiziert zu sein. Zwar lässt sich in diesem Fall ein Rückgang außerehelicher Intimkontakte feststellen, allerdings keinerlei Auswirkung auf die Verwendung von Kondomen. Ebenfalls in Malawi beobachtete *Berk Özler* (Weltbank) die kurzfristigen Auswirkungen eines staatlichen Transferpro-



Alfred Blumstein



gramms zur Förderung des Schulbesuchs auf Bildung, Familienstand sowie Sexualverhalten und Teenage-Schwangerschaften. Laut seiner Studie war das Programm insofern effektiv, als es den Schulbesuch steigerte, das durchschnittliche Heiratsalter erhöhte und die sexuelle Aktivität von Schülerinnen insbesondere mit älteren Männern verringerte. *Joseph Sabia* (American University) stellte einen Zusammenhang zwischen der Anzahl von Sexpartnern während der Schulzeit und dem Bildungserfolg junger Frauen fest. Während sich häufig wechselnde Partnerschaften für Mädchen eindeutig negativ auswirken, können für Jungen keine negativen Effekte festgestellt werden.

Mit den Auswirkungen des Internets auf den Markt für Prostitution beschäftigte sich *Scott Cunningham* (Baylor University). Laut seiner Studie führte die Verbreitung des Internets einerseits zum einem deutlichen Rückgang von Festnahmen im Zusammenhang mit Prostitution. Zum anderen zeigte er anhand von Daten, die er über einen Online-Escortservice gesammelt hatte, dass die Struktur der Kunden und Anbieter von Prostitution deutlich breiter geworden ist, da webbasierte Services eine anonymere und potenziell sicherere Alternative zur Straßenprostitution darstellen.

In einem Praxisbeitrag berichtete *Stefan LoBuglio*, Leiter eines Resozialisierungsprogramms für Strafgefangene in Maryland, über die gesellschaftlichen Risiken, die mit der Entlassung von Häftlingen in die Freiheit verbunden sind. Durch gezielte Förderprogramme, regelmäßige Drogen- und Alkoholtests sowie ein ausgeklügeltes Anreiz- und Privilegiensystem werden die Straftäter schrittweise auf ihre Resozialisierung vorbereitet. Dabei besteht stets die Gefahr des Missbrauchs von Privilegien durch die Betroffenen, was wiederum die öffentliche Akzeptanz des Programms gefährdet.

Risikoneigungen im jungen Erwachsenenalter untersuchte unter anderem *Daniel Kuehn* (Urban Institute). Er zeigte, dass die wirtschaftliche Lage der Eltern, insbesondere Alleinerziehender, das Risikoverhalten der Kinder in Bezug auf Sex, Drogen, Kriminalität und Schulabbruch beeinflusst, was sich indirekt auf deren Bildungs- und Arbeitsmarkterfolg auswirkt. Politikmaßnahmen zur Verbesserung der Chancen benachteiligter Jugendlicher sollten daher direkt beim Armutsproblem ansetzen und nicht allein die Symptome wie Risikoverhalten

und Schulabbruch bekämpfen. *Rodrigo Pinto* (University of Chicago) zog zur Erklärung von Risikoverhalten drei Faktoren heran: kognitive und nichtkognitive Fähigkeiten sowie Gesundheit. Seine Studie zeigt, dass vor allem die kognitiven Fähigkeiten den Bildungserfolg erhöhen und damit die Neigung zu kriminellen und riskanten sexuellen Verhaltensweisen verringern.

Mit Alkoholmissbrauch beschäftigten sich *Emily Owens* (Cornell University) und *Manuela Angelucci* (Arizona State University). Owens analysierte die Auswirkungen eines erweiter-



Klaus F. Zimmermann, Amelie F. Constant, Erdal Tekin

ten Nachtfahrplans der U-Bahnen im Raum Washington, mit dem Trunkenheitsfahrten reduziert werden sollten. Zwar nahm dadurch in den Kneipenbezirken die Zahl der Betrunknen um etwa 8% zu, doch die Fälle von Alkohol am Steuer konnten gleichzeitig um 15% reduziert werden. Angelucci untersuchte die Effekte des staatlichen Transferprogramms „Oportunidades“ im ländlichen Mexiko, durch das sowohl Alkoholmissbrauch und häusliche Gewalt deutlich verringert werden konnten. Allerdings kam es zu einer Zunahme von Gewalt in der Ehe, wenn die Frau einen vergleichsweise hohen Anspruch auf staatliche Leistungen hat.

*Horst Entorf* (Goethe-Universität Frankfurt) stellte eine Studie zur Kriminalität in Deutschland aus Sicht der Strafverfolgung vor. Demnach hat die Praxis der Verfahrenseinstellung nach dem Opportunitätsprinzip insgesamt zu einem Anstieg der Kriminalität geführt. Abschreckend wirken vor allem hohe Aufklärungs- und Verurteilungsquoten, während Art und Härte der Strafe eine eher geringe Rolle spielen. *Aico van Vuuren* (Freie Universität Amsterdam) untersuchte anhand der Entwicklung von Immobilienpreisen, wie sich der Mord an Theo van Gogh durch einen islamistischen Fundamentalisten auf die Einstellung der Bevölkerung gegenüber muslimischen Minderheiten auswirkte. Tatsächlich fielen die Häuserpreise in Amsterdamer Stadtbezirken mit einem

hohen Muslimenanteil nach dem Mord um 0,07 % pro Woche. Nach zehn Monaten stabilisierten sich die Preise zwar wieder, doch die Segregationstendenzen blieben aufgrund der mangelnden Attraktivität dieser Wohngebiete für viele Niederländer bestehen.

*Leslie S. Stratton* (Virginia Commonwealth University) beleuchtete die Problematik der Fettleibigkeitsepidemie in den USA. Laut ihrer Studie steht der individuelle Grad der Fettleibigkeit in deutlichem Zusammenhang mit Risikoverhalten bei Essen, Schlafen und körperlichen Aktivitäten. Allerdings spielen Verhaltensfaktoren im Vergleich zu demographischen Risikofaktoren als Ursache für Fettleibigkeit eine geringere Rolle.

Das Rahmenprogramm der Tagung bot ausreichend Gelegenheit zum Gedankenaustausch und zu intensiveren Diskussionen zwischen den Teilnehmern. Es beinhaltete neben einem Empfang in den Räumlichkeiten des DIW DC auch eine Dinner-Rede von *Klaus F. Zimmermann*, in der er individuelles Risikoverhalten

in einen breiteren Kontext setzte und eine Verbindung zu Wirtschaftsprognosen sowie zur Finanzkrise und zum Wohlstand der Nationen herstellte. Zimmermann erläuterte zwei mögliche Strategien zum Umgang mit einem risikoreichen Umfeld: defensiven Pessimismus (das Schlimmste befürchten, um gegen Krisen gewappnet zu sein) und strategischen Optimismus (durch hohe Erwartungen positive Energien freisetzen, die wiederum ein negatives Ereignis verhindern helfen). Zur Bewältigung der aktuellen Krise sei strategischer Optimismus der bessere Ansatz, da er Perspektiven für Innovation, Investitionen und die Wiederherstellung des Konsumentenvertrauens biete.

„Diese spannende Tagung hat viele aussichtsreiche und faszinierende Ansätze zur Analyse von Risikoverhalten gezeigt, die zu einem besseren Verständnis der damit verbundenen Probleme beitragen und Lösungswege eröffnen“, sagte Zimmermann. Denn die Finanzkrise habe einmal mehr gezeigt, dass die Zusammenhänge zwischen Psychologie und Ökonomie noch längst nicht umfassend erforscht sind.

Das Programm der Tagung einschließlich der vorgestellten Studien im Volltext ist online abrufbar:

► [www.iza.org/link/riskonomics](http://www.iza.org/link/riskonomics)

## IZA-Kooperationspartner in Washington: DIW DC berät die US-Politik

Als unabhängiges und gemeinnütziges Institut betreibt das DIW DC seit seiner Gründung im Januar 2007 in der US-Hauptstadt intensive akademische Forschung, Lehre und Politikberatung insbesondere zu transatlantischen Fragestellungen.

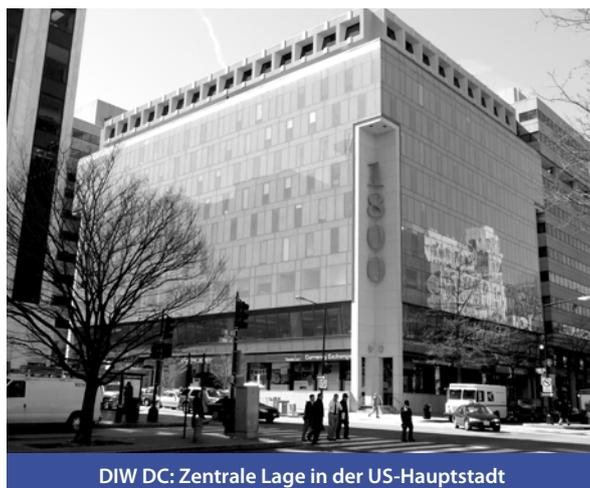
Durch seine enge Zusammenarbeit sowohl mit internationalen Wissenschaftlern als auch mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft agiert das DIW DC als wichtiges Bindeglied zwischen Theorie und Praxis. Zu einem breiten Spektrum aktueller sozio-ökonomischer und politischer Themen bietet das Institut der Politik praktische Lösungsansätze an und bringt sie darüber hinaus einer breiteren Öffentlichkeit näher. Neueste wissenschaftliche Erkenntnisse werden zeitnah an politische Entscheidungsträger kommuniziert, während Forscher zugleich einen tieferen Einblick in die Arbeitsweise und Handlungszwänge der Politik erhalten. Indem es amerikanische und europäische Wirtschaftstrends analysiert und unter transatlantischen Aspekten interpretiert, fördert das DIW DC bedeutende Synergien in Wissenschaft und Politik auf diesem Gebiet.

Die Forschungsk Kooperationen des DIW DC sind ebenso international wie interdisziplinär ausgerichtet und nutzen beispielsweise Erkenntnisse aus Politikwissenschaft, Recht, Soziologie, Geografie, Psychologie und Anthropologie, um ökonomische Prozesse und Verhaltensmuster zu erklären. Entsprechende Projekte werden auf Initiative von assoziierten Mitgliedern des DIW DC oder auch im Auftrag von Regierungsinstitutionen und Stiftungen durchgeführt. Gemeinsam mit seinen Partnerorganisationen deckt das DIW DC die folgenden Forschungsschwerpunkte ab: Migration; Evaluation arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen; Arbeitsmärkte, Institutionen und

Entwicklung; makroökonomische Analyse; Konjunkturforschung und Prognosen; internationale Ökonomie; Staatswissenschaften; Energie, Transport und Umwelt; Informationsgesellschaft und Wettbewerb; Innovation, Produktion und Dienstleistungen; politische Ökonomie; sowie Gesundheit.

Neben seiner Forschungs- und Beratungstätigkeit engagiert sich das DIW DC intensiv in der Förderung von Nachwuchsökonominnen. So betreut das Institut im ersten Quartal jeden Jahres eine Gruppe von Doktoranden aus dem Graduiertenprogramm des DIW Berlin, für die es Praktika vermittelt, Unterrichtseinheiten anbietet und wöchentliche Gastvorlesungen prominenter US-Ökonomen organisiert. Die Studenten erhalten dadurch wichtige Kontakte und Impulse für ihre weitere Karriere. *Amelie Constant*, Exekutivdirektorin des DIW DC, ist zugleich Vize-dekanin des DIW-Graduiertenprogramms. Doch auch mit amerikanischen Studenten arbeitet das DIW DC eng zusammen: Als Gastprofessorin an den Universitäten Georgetown und George Washington bringt Constant den dortigen Studenten die europäische Wirtschaftslandschaft näher und ermutigt sie zur Teilnahme an Vorlesungen und Veranstaltungen des DIW DC.

Constant ist darüber hinaus Stellvertretende IZA-Programmdirektorin für den Forschungsschwerpunkt Migration, während IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* zugleich dem Vorstand des DIW DC vorsitzt. So kommt es nicht von ungefähr, dass die Wissenschaftler beider Institute in der Forschung wie auch bei der Tagungsorga-



DIW DC: Zentrale Lage in der US-Hauptstadt

nisation eng zusammenarbeiten. Beispiele dafür sind das First Annual Meeting on the Economics of Risky Behaviors (► Seite 6), der Deutsche Tag für Entwicklung in Kooperation mit der Weltbank (► IZA Compact Dezember 2008) oder das IZA Annual Migration Meeting (► Seite 10).

In den Vorstand des DIW DC wurde jüngst IZA-Fellow *Guillermina Jasso* (New York University) berufen. Dem Beirat gehören neben Neuzugang *Wolfgang Pordzik* (Executive Vice President DHL Americas) die folgenden Mitglieder an: *Rebecca Blank* (Brookings Institution und IZA), *Larry Hedges* (Northwestern University), *Douglas Massey* (Princeton University), *Christopher Pissarides* (London School of Economics und IZA), *Howard Silver* (Hogan and Hartson LLP), *Rita Süßmuth* (Bundestagspräsidentin a.D.) und *Jan Svejnar* (University of Michigan und IZA).

Über die Zusammenarbeit mit IZA, DIW Berlin und den Washingtoner Universitäten hinaus pflegt das DIW DC intensive Beziehungen mit dem Migration Policy Institute in Washington und der Southern Methodist University in Dallas, Texas. Enge Kontakte bestehen darüber hinaus zu Weltbank, Urban Institute, American Institute for Contemporary German Studies, Centre for Economic and Policy Research, Welch Consulting, German Marshall Fund, Turkish Industrialists and Business Association in the United States und International Food Policy Research Institute. Durch seine aktive Rolle im German American Business Council steht das DIW DC auch in regelmäßigem Austausch mit deutschen Wirtschafts- und Medienvertretern in Washington. Aufgrund dieser vielfältigen Kontakte übt das DIW DC eine transatlantische Brückenfunktion zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft aus.

► [www.diwdc.org](http://www.diwdc.org)



Teilnehmer des DIW-Graduiertenprogramms im Konferenzraum des DIW DC

# Im Dienst der Wissenschaft: Das IDSC des IZA bietet umfassende Serviceleistungen zur Erschließung und Analyse arbeitsmarktrelevanter Daten und Informationen

Angesichts des wachsenden Bedarfs der Wissenschaft an empirischen Daten kommt dem Leistungsangebot des am IZA beheimateten Internationalen Datenservicezentrums (IDSC) ein besonders hoher Stellenwert zu. Das IDSC stellt umfassende Dienstleistungen für die Forschung bereit und ermöglicht eine neue Qualität von Datenzugriff und Datenverarbeitung. Bereits seit 2003 wurde und wird das IZA-Datenservicezentrum durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert. Diese Förderung geht zurück auf die Initiative der Kommission zur Verbesserung der Informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (KVI) zur Schaffung von Schnittstellen zwischen amtlichen Datenproduzenten und den (wissenschaftlichen) Nutzern dieser Daten. Das IDSC bietet im Konzert mit anderen Datenservicezentren eine solche effiziente Schnittstelle an und hat sein Leistungsspektrum seit 2003 kontinuierlich erweitert. Auch nach Ablauf der zweiten Förderungsphase im Jahr 2010 wird das IDSC den Katalog seiner Serviceangebote systematisch weiter ausbauen.

European DDI User Group Meeting (EDDI) durch die Mitglieder weiter entwickelt und verfeinert werden. Alle beim IDSC bereit gehaltenen Daten werden unter Beachtung dieser Standards kodiert.

Einem zweiten Hindernis sehen sich internationale Wissenschaftler dann gegenüber, wenn sie für ihre Forschungsthemen auf deutsche Datensätze zurückgreifen wollen. Das Angebot an ins Englische übersetzten Daten oder Datensatzdokumentationen war vor der Arbeitsaufnahme des IDSC sehr spärlich – mit der Folge, dass allzu oft prinzipiell ergiebige Datensätze von der internationalen Forschung nicht herangezogen wurden und somit entsprechende Forschungsergebnisse zu deutschen Daten ausgeblieben sind. Seit seiner Gründung hat sich das IDSC konsequent für eine internationale Ausrichtung entschieden: alle vorgehaltenen Datensätze werden systematisch auch in englischer Sprache dokumentiert und erschlossen. Auf diese Weise können Wissenschaft und Politik in Deutschland von den Erkenntnissen eines breiteren Expertenkreises profitieren.

## JoSuA – ein einzigartiges Online-Instrument für kontrolliertes Fernrechnen

Um sowohl die Datensicherheit als auch den Datenzugang auf dem Wege verbreiteter Datenanalyseprogramme wie STATA zu gewährleisten, hat das IDSC eine spezielle Software für kontrolliertes Fernrechnen entwickelt – die Job Submission Application (JoSuA). Die am Datenservicezentrum des IZA vorgehaltenen Daten werden nicht pauschal zur Nutzung bereitgestellt, sondern lediglich im Rahmen von Fernrechen-Aufträgen via IDSC ausgewertet. Mitarbeiter des IDSC stellen jeweils die Beachtung der geltenden Datenschutzbestimmungen sicher; Ergebnisse zu den Anfragen werden erst versandt, nachdem sie durch den bearbeitenden Mitarbeiter nach den Wünschen des Datenproduzenten bereinigt und freigegeben wurden. JoSuA bietet dabei eine umfassende und stufenlos einstellbare Auswahl an Werkzeugen und Kriterien, die eine sichere Bearbeitung der Analysen garantieren.



Nikos Askitas



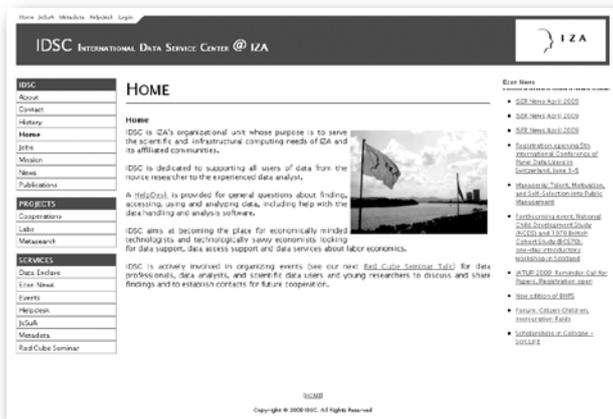
Georgios Tassoukis

Der Zugriff auf die in dieser Form aufbereiteten Daten setzt freilich voraus, dass er keinen datenschutzrechtlichen Problemen begegnet. Doch genau dies ist in aller Regel der Fall, wenn Wissenschaftler vom Ausland aus Zugang zu deutschen Daten erhalten wollen. Diese dritte Hürde, die sich der internationalen Forschung in Form der deutschen Datenschutzbestimmungen entgegenstellt, ist ohne die

Interaktion mit einem Datenservicezentrum wie dem IDSC kaum überwindbar. Insbesondere der Zugang zu Daten der deutschen amtlichen Statistik ist ausländischen Wissenschaftlern und Forschungseinrichtungen andernfalls faktisch verwehrt, da deren Datensicherungsstandards von den deutschen Behörden nicht überprüft werden können und die Gerichtsbarkeit bei eventuellen Verstößen gegen deutsches Datenrecht unklar wäre. Die Vermittlung zwischen den Datenschutzinteressen der Datenproduzenten und dem wissenschaftlichen Forschungsinteresse versteht das IDSC deshalb als eine seiner zentralen Dienstleistungen.

## Erfolgreiche Kooperationen des IDSC

Das IDSC arbeitet mit einer Reihe von renommierten Institutionen im In- und Ausland eng zusammen. Zu den Partnern zählen unter anderem das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB Nürnberg), das niederländische Research Centre for Education and the Labor Market (ROA), das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen an der Humboldt-Universität zu Berlin (IQB), die Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS) und DANS – Data Archiving and Networked Services, das niederländische Datenarchiv für Sozial- und Wirtschaftsdaten. Diese Kooperationen umfassen die verschiedenen Ebenen der vom IDSC angebotenen Leistungen, von



## Breites Leistungsspektrum des IDSC bei der Erschließung von Daten für die Wissenschaft

Wirtschaftswissenschaftler sehen sich bei der Arbeit mit Datensätzen vor allem drei strukturellen Hürden gegenüber. Zunächst fehlt oftmals eine einheitliche elektronische Dokumentation der Daten, die beispielsweise durch die Verwendung von Schlagworten eine effiziente Suche und Bearbeitung ermöglichen. In diesem Zusammenhang arbeitet das IDSC als Mitglied der internationalen Data Documentation Initiative (DDI Alliance) an der Etablierung solcher Standards, die auf dem jährlichen

der Erarbeitung einheitlicher Dokumentationsstandards und von Lösungskonzepten zu technologischen Fragestellungen über die Verwaltung und Verbreitung sowie Dokumentation und Übersetzung von Daten bis hin zur exklusiven Nutzung von JoSuA durch die Kooperationspartner.

#### Dynamische Ausweitung des Datensatzbestands

Das Datenservicezentrum des IZA bemüht sich intensiv um ein kontinuierlich wachsendes Angebot von Datensätzen. Gegenwärtig verwaltet das IDSC Mikrodaten der amtlichen Statistik (unter anderem den deutschen Mikrozensus). Seit kurzem ste-

hen auch Datensätze des IQB, beispielsweise PISA-Studien, zur Nutzung bereit. Die Homepage des IDSC bietet einen Überblick über aktuell verfügbare Daten. Anregungen zur Aufnahme weiterer Datensätze in den Bestand nehmen *Nikos Askitas* (Leiter IDSC) und *Georgios Tassoukis* (Datenbankmanager) unter [idsc@iza.org](mailto:idsc@iza.org) entgegen.

#### Neuer Internetauftritt und Expertenseminar des IDSC

Um mit dem wachsenden Leistungsspektrum und den spezifischen Anforderungen seiner Nutzer Schritt zu halten, wurde die Internetpräsenz des IDSC gründlich überarbeitet und zeigt sich seit April 2009 in

neuer Form. Das Web-Portal bietet neben einem Überblick über Aufgaben, Aktivitäten und Kooperationen des IDSC vor allem auch einen nochmals erleichterten Zugang zu den im IDSC-Bestand enthaltenen Datensätzen. Das Datenservicezentrum des IZA engagiert sich zudem im unmittelbaren fachlichen Austausch über aktuelle Entwicklungen in der Dateninfrastruktur und hat mit dem „Red Cube Seminar“ eine regelmäßig am IZA stattfindende Seminarreihe zu Fragen wissenschaftlicher Daten-Dienstleistungen aufgelegt.

► <http://idsc.iza.org>

## IZA richtet Tagung der Open Data Foundation (ODaF) aus

Vom 2. bis 3. April 2009 fand die zweite europäische Tagung der Open Data Foundation (ODaF) auf Einladung des Internationalen Datenservicezentrums (IDSC) des IZA in Bonn statt. Die ODaF ist eine 2006 gegründete internationale Interessenvertretung, die sich für eine weitere Öffnung und Standardisierung des Datenzugangs und -managements in der Wissenschaft einsetzt. Für diese Ziele engagieren sich auch das IZA und sein Datenservicezentrum aktiv auf nationaler und internationaler Ebene. In der Nachfolge des UK Data Archive übernahm das IDSC in diesem Jahr die Ausrichtung der europäischen ODaF-Tagung und lud Experten aus den USA, Deutschland, Dänemark,

Norwegen und den Niederlanden ein. Die Teilnehmer vertraten verschiedenste Institutionen wie die Europäische Zentralbank, die Universitäten Tilburg, Bielefeld, Bamberg und Göttingen sowie CentERdata, DANS, GESIS und CESSDA.

Im Mittelpunkt der Tagung stand die Rolle von Metadaten („Daten zu Datensätzen“) als wichtigstes Instrument zur Dokumentation von bestehenden Datensätzen und zur Erleichterung des Datenzugangs für die Wissenschaft. Am ersten Veranstaltungstag stellten die beteiligten Institutionen von ihnen entwickelte web-basierte Instrumente und Lösungen vor, auf deren Basis

am zweiten Tag die zukünftige Strategie für eine weitere Standardisierung diskutiert und ausgearbeitet werden konnte.

Die Tagung der ODaF reiht sich in einen breiten Veranstaltungskanon des IDSC ein, mit dem es die wissenschaftliche Nutzbarkeit von Datensätzen erleichtern und fördern will. Zu den weiteren Aktivitäten des Zentrums zählen die Entwicklung von Fernrechner-Systemen, die Dokumentation von Datensätzen für die Arbeitsökonomie und verwandte Disziplinen, der Aufbau eines Netzwerks von nationalen und internationalen Kooperationspartnern sowie die Förderung des globalen Wissensaustauschs auf diesem Gebiet.

## Erfolgreiche Jahrestagung und Themenwoche zu Migrationsfragen

Vor sechs Jahren entwickelten IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* und die stellvertretende IZA-Programmdirektorin für Migration, *Amelie F. Constant*, die Idee eines regelmäßigen Forums für den wissenschaftlichen Austausch zwischen Migrationsforschern. Daraus entstand das Annual Migration Meeting (AM<sup>2</sup>), das inzwischen als fester Bestandteil des IZA-Veranstaltungsprogramms zu einer beachtlichen Erfolgsgeschichte geworden ist. Ein Highlight der jährlichen Tagung ist die „Julian Simon Keynote Lecture“, die zu Ehren des berühmten Pioniers der Migrationsforschung gehalten wird.

Im Mai 2008 luden *Amelie Constant* und IZA-Programmdirektor *Barry R. Chiswick* zum fünften AM<sup>2</sup> nach Bonn ein. Die Zahl der Bewerbungen übertraf die maximale Teilnehmerzahl bei weitem und erforderte ein striktes Auswahlverfahren, das ein qualitativ hochwertiges Programm

aus 21 vorgestellten und diskutierten Studien garantierte. Die Tagungsteilnehmer aus zwölf verschiedenen Ländern deckten ein breites wissenschaftliches Spektrum ab – von der Ökonomie über die Soziologie bis zur Psychologie. Die Keynote-Rede hielt *Sara de la Rica* (University of the Basque Country), die über die spanische Erfahrung mit Zuwanderung referierte.

Ein Kernbestandteil der AM<sup>2</sup>-Tagungen ist der informelle Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen Wissenschaftlern aus verwandten Fachbereichen. So fanden über 50 internationale Experten aus der Migrations- und Integrationsforschung ideale Bedingungen vor, um ihre aktuellen Projekte zu

diskutieren und zukünftige Kooperationen anzubahnen. Als besonders fruchtbar erwies sich einmal mehr die gelungene Mischung aus Nachwuchswissenschaftlern und erfahrenen Experten. Parallel zum AM<sup>2</sup> richtete das IZA seine alle zwei Jahre stattfindende Themenwoche „Migration“ aus, die ausreichend Gelegenheit zur Arbeit in kleineren Gruppen und zum Austausch zwischen IZA-Netzwerkmitgliedern, Gastwissenschaftlern und AM<sup>2</sup>-Teilnehmern bot.

Im ersten Themenkomplex wurden die Beweggründe für die Migrationsentscheidung und die Rolle von Netzwerken untersucht. *Alexander Danzer* (DIW Berlin und Humboldt-Universität) stellte eine Studie zur Wirtschaftsmigration in Osteuropa vor. Eine weitere Arbeit wertete die jüngsten Migrationsbewegungen von den EU-Beitrittsländern nach Skandinavien aus. Die von *Johanna Avato* (Weltbank



und Georgetown University) präsentierte Studie untersuchte die Migrationsabsichten hochqualifizierter Arbeitskräfte. Im Rahmen einer Sitzung zum Einfluss von Zuwanderung auf Wohnungsmarkt, Einkommen und Bildungsinvestitionen stellte *Douglas Krupka* (IZA) neue Erkenntnisse zu Löhnen, Miet- und Umzugskosten vor. *Chad Sparber* (Colgate University) befasste sich ebenfalls mit Lohneffekten, insbesondere durch Spezialisierung und Wettbewerbsvorteile von Zuwanderern, während *Mark Regets* (National Science Foundation) zum Einfluss hochqualifizierter Zuwanderung auf die Humankapitalinvestitionen Einheimischer referierte.

*Thomas Bauer* (RWI Essen) präsentierte eine Analyse der Arbeitsmarktaktivität von Zuwandererfamilien. Ebenfalls mit den Arbeitsmarkterfolgen befassten sich *Romain Aeberhardt* (CREST-INSEE) im Rahmen einer Studie über die Lohn- und Beschäftigungssituation französischer Arbeitskräfte afrikanischer Herkunft sowie *Paul W. Miller* (University of Western Australia), der über den Sonderfall der negativen Assimilierung von Zuwanderern berichtete. Welche Bevölkerungsgruppen unter welchen Bedingungen am ehesten zur Auswanderung bereit sind, untersuchte *Jesús Fernández-Huertas Moraga* (IAE-CSIC) im Hinblick auf finanzielle Hürden, nachgefragte Qualifikationen und die Existenz von Migrationsnetzwerken. *Martin Junge* (Copenhagen Business School) beleuchtete die Frage, ob die Rückkehrmigration insbesondere bei Familien mit Kindern vorrangig dem Schulbesuch dient.

Zum Thema Risikoverhalten steuerte *Madeline Zavodny* (Agnes Scott College) eine Studie bei, die der Frage nachging, ob Immigranten tendenziell risikoreichere Jobs anzunehmen bereit sind. *Amelie Constant* präsentierte eine Arbeit über die Auswir-

kungen der ethnischen Gruppenzugehörigkeit und des Assimilierungsverhaltens auf die Risikobereitschaft von Immigranten im Vergleich zu in Deutschland geborenen Arbeitnehmern. *Francis Vella* (Georgetown University) untersuchte in einer aktuellen Studie die Auswirkung von Zuwanderernetzwerken auf die Berufswahl und die im Gastland erzielten Löhne. *Meryam Schouler-Ocak* von der Berliner Charité berichtete aus ihrer medizinischen Praxis über die mentale Gesundheit von Zuwanderern. Die Psychiaterin lieferte erstaunliche Einblicke in Gesundheitsaspekte der Migrationsforschung, insbesondere die negativen Folgen von Fehldiagnosen aufgrund von kulturellen Hürden und Sprachproblemen.

*Patrick R. Wetherille* (Georgetown University) analysierte gemeinsam mit *Amelie Constant*, inwiefern geschlechtsspezifische und ethnische Unterschiede die Höhe der Rücküberweisungen von Zuwanderern ins Heimatland beeinflussen. *Ira N. Gang* (Rutgers University) beschäftigte sich ebenfalls mit Rücküberweisungen, insbesondere unter dem Aspekt der Kinderarbeit. Der besondere Bedeutung von sprachlichen Fähigkeiten bei Migranten wurde von *Marie Louise Schultz-Nielsen* (Rockwool Foundation) anhand von aktuellen dänischen Daten zur Beschäftigung von Zuwanderern in Abhängigkeit von ihren Sprachkenntnissen herausgestellt. Den Abschluss bildete eine Studie von *Hartmut Esser* (Universität Mannheim) zu Spracherwerb und Migrationsalter, in der er insbesondere auf die mit Zweisprachigkeit verbundenen Chancen und Probleme einging.

Ein weiterer Höhepunkt des letztjährigen AM<sup>2</sup> und der „Migration Topic Week“ war die von *Constant* geleitete Diskussionsrunde zu aktuellen Migrationsfragen aus aller Welt. Auf dem Podium waren Deutschland,

Spanien, Dänemark, die USA und Australien durch führende Migrationsexperten aus dem jeweiligen Land vertreten. Für Deutschland erwiesen sich als brennendste Themen die Optimierung integrationspolitischer Maßnahmen sowie die Steuerung künftiger Zuwanderung unter ökonomischen Gesichtspunkten. In den USA wiederum konzentriert sich die politische Diskussion vorrangig auf den Umgang mit den rund 12 Millionen illegalen Einwanderern. Spanien ist aufgrund seines bis zuletzt anhaltend hohen Wirtschaftswachstums in besonderem Maße auf Arbeitsmigranten angewiesen und hat daher verschiedene Maßnahmen zur Legalisierung illegaler Einwanderer ergriffen. Australien sorgt sich als klassisches Einwanderungsland zunehmend um den Mangel an hochqualifizierten Zuwanderern und eine diesbezügliche Verbesserung der Anwerbepraxis, während sich Dänemark angesichts eines wachsenden Anteils nicht-westlicher Immigranten vor enormen integrationspolitischen Herausforderungen sieht.

Auch das Rahmenprogramm der wissenschaftlichen Tagung war von Migrationsthemen geprägt, darunter der Besuch einer Ausstellung über Gastarbeiter in Deutschland und eine Dinner-Rede Zimmermanns mit dem Titel „My Immigration“, in der er seine persönliche Erfahrung als Migrationsexperte mit Forschungsaufenthalten unter anderem in den USA und Japan beleuchtete. Organisatorin *Amelie Constant* zog zum Abschluss der Veranstaltung ein überaus positives Fazit und wies bereits auf das nächste Annual Migration Meeting hin, das vom 22.-23. Mai 2009 am IZA stattfinden wird.

► [www.iza.org/amsquared](http://www.iza.org/amsquared)



## IZA Prize in Labor Economics 2009 für Richard A. Easterlin: Hohe Auszeichnung für Begründer ökonomischer Glücksforschung

Der mit 50.000 Euro dotierte ZA-Preis für Arbeitsmarktforschung wird in diesem Jahr an den US-amerikanischen Ökonomen *Richard A. Easterlin* (University of Southern California) verliehen. Das IZA würdigt mit dieser Auszeichnung Easterlins fundamentale Arbeiten zum Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Wohlstand, Arbeitsmarktteilhabe und subjektiver Lebenszufriedenheit sowie zum Einfluss demographischer Entwicklungen auf den ökonomischen Erfolg. Die Preisverleihung findet am 22. Oktober 2009 in Washington statt.

Durch seine Forschungsbeiträge hat Richard Easterlin vor allem die ökonomische Glücksforschung maßgeblich geprägt und damit auch der Arbeitsmarktforschung wichtige Impulse gegeben. Bereits in den 1970er Jahren

konnte er zeigen, dass höherer materieller Wohlstand nicht automatisch mit steigender Lebenszufriedenheit einhergeht. Zwar sind innerhalb einzelner Gesellschaften Menschen mit höherem Einkommen im Durchschnitt zufriedener als Ärmere. Doch wenn durch die Teilhabe am Arbeitsleben ein bestimmtes Wohlstandsniveau erreicht ist, das grundlegende Lebensbedürfnisse sicherstellt, steigt die Zufriedenheit eines Individuums und damit auch einer Gesellschaft als Ganzes nicht mehr an, wenn sich ihr Wohlstand (durch Wirtschaftswachstum) weiter erhöht. Dieses scheinbar widersprüchliche Phänomen ist unter der Bezeichnung „Easterlin-Paradox“ bekannt geworden und fester Bestandteil von zahllosen Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet. Die von Easterlin identifizierten Mechanismen haben bedeutende

Auswirkungen auf menschliches Verhalten und sind beispielsweise für das Suchverhalten von Arbeitslosen auf dem Arbeitsmarkt oder für die Erwerbsbeteiligung von Frauen von erheblicher Bedeutung.



Richard A. Easterlin

„Easterlin ist ein großartiger Wissenschaftler, der auf ein beeindruckendes Lebenswerk zurückblicken kann. Die ökonomische Glücksforschung wäre ohne ihn gar nicht vorstellbar“, so IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann*. „Easterlins Forschungen sind gerade heute im Angesicht der Wirtschaftskrise ein Fingerzeig für die Wirtschafts- und Sozialpolitik.“

## IZA Standpunkte: Neue Schriftenreihe mit politikrelevanten Studien

Um dem wachsenden Bedarf an wissenschaftlich fundierter Politikberatung Rechnung zu tragen, hat das IZA in Ergänzung zu seiner überaus erfolgreichen, inzwischen über 4.000 Titel umfassenden IZA Discussion Paper Series eine weitere Schriftenreihe mit politiknahen Studien zu aktuellen Arbeitsmarktthemen ins Leben gerufen. Die neue „IZA Policy Paper Series“ enthält englischsprachige Beiträge von IZA-Wissenschaftlern und internationalen Fellows,

während deutsche Beiträge als „IZA Standpunkte“ publiziert werden. Alle Mitglieder des IZA-Netzwerks sind eingeladen, ihre Beiträge zu diesen beiden neuen Schriftenreihen einzureichen, mit denen sich das IZA besonders intensiv in der politischen Debatte engagieren möchte.

Nähere Informationen unter:

► [www.iza.org](http://www.iza.org)



## NRW 2025: Zukunftskommission legt Bericht vor

Die von NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers eingesetzte „Zukunftskommission“ hat heute ihren Abschlussbericht mit einem breiten Katalog von Handlungsempfehlungen für das Bundesland Nordrhein-Westfalen vorgelegt. Als Diskussionsgrundlage für die Arbeit der hochrangigen Expertenkommission hatte zuvor unter Federführung von IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* eine Arbeitsgruppe „Beschäftigung“ ein umfangreiches Arbeitspapier vorgelegt. Zu den weiteren Mitgliedern der Arbeitsgruppe zählten *Bodo Hombach* (Geschäftsführer WAZ-Mediengruppe), *Friedrich Merz* (MdB, CDU), *Paul Schnabel* (Sociaal en Cultureel Planbureau, Den Haag) und *Wolfgang Streeck* (Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung). Das Papier schlägt unter anderem eine Standortoffensive zugunsten von Bildungsreformen und mehr Weiterbildung vor. Zudem wird empfohlen, die Position von NRW als führendem Hochschul- und Energieinnovationsstandort systematisch auszubauen. Darüber hinaus misst die Arbeitsgruppe

Initiativen für mehr strukturelle Familienfreundlichkeit große strategische Bedeutung zu. Unter dem Eindruck der aktuellen Wirtschaftskrise gewinnen die Vorschläge der Arbeitsgruppe wie auch die Empfehlungen der Zukunftskommission insgesamt besonderes Gewicht.



„Die Empfehlungen der Zukunftskommission haben über Nordrhein-Westfalen hinaus Bedeutung auch für den Fortgang der Reformpolitik in Deutschland. Nachhaltige Strukturreformen und Investitionen in Bildung und Ausbildung versprechen in Krisenzeiten weit mehr Erfolg als noch so gigantische Konjunkturprogramme“, so

Klaus F. Zimmermann. Die Studie der Arbeitsgruppe „Beschäftigung“ der Zukunftskommission steht in der Schriftenreihe „IZA Standpunkte“ zum kostenlosen Download zur Verfügung. Der vollständige Bericht der Zukunftskommission ist über die Homepage des Landes NRW abrufbar.

► [www.nrw.de](http://www.nrw.de)

## IZA Young Labor Economist Award in San Francisco überreicht

Im Rahmen eines IZA-Empfangs anlässlich der Jahrestagung der Allied Social Science Associations (ASSA) in New Orleans verlieh IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* am 4. Januar 2009 den dritten IZA Young Labor Economist Award an *Fabian Lange* (Yale University). Der Preis honoriert herausragende Forschungsarbeiten, die von jungen Arbeitsmarktökonominnen unter 40 Jahren veröffentlicht wurden. Aus einer Vielzahl von Nominierungen durch die IZA-Fellows wählte das Preiskomitee, dem neben Zimmermann die IZA-Programmdirektoren angehören, die Studie „The Speed of Employer Learning“ (Journal of Labor Economics, 2007) aus.

Zimmermann betonte bei der Preisverleihung, die ausgewählte Arbeit zeige eindrucksvoll, „wie sich durch die Kombination aus sorgfältiger theoretischer und

empirischer Analyse wichtige Erkenntnisse zu aktuellen Arbeitsmarktfragen gewinnen lassen.“ In seiner preisgekrönten Studie entwickelt Lange eine Methode, mit der sich schätzen lässt, wie schnell Arbeitgeber die tatsächliche Produktivität von Berufseinsteigern, die sich zum Zeitpunkt der Einstellung nur unzureichend beurteilen lässt, ermitteln können. Anhand empirischer Daten aus den USA konnte Lange belegen, dass anfängliche Fehlerwartungen bereits im ersten Jahr zu 26% korrigiert und nach drei Jahren um rund die Hälfte reduziert werden. Lange argumentiert, dass dieser schnelle Lernprozess die empirische Relevanz des sogenannten „Job Market Signaling“-Effekts begrenzt: Nach seiner Schätzung ist der Nutzen eines zusätzlichen Ausbildungsjahres in Form des erzielbaren Einkommens zu höchstens 15% auf den Signaling-Effekt zurückzuführen.



Fabian Lange, Klaus F. Zimmermann

In seiner Dankesrede hob Fabian Lange die wertvollen Anregungen seiner Dissertationsbetreuer und Kommilitonen an der University of Chicago sowie seiner Kollegen der Yale University hervor. Als deutscher Wissenschaftler in den USA würdigte er darüber hinaus die Rolle des IZA als „bedeutendes Bindeglied zwischen der europäischen und amerikanischen Arbeitsmarktforschung“.

## Marco Caliendo neuer IZA-Forschungsdirektor

Seit Februar 2009 ist *Marco Caliendo* neuer IZA-Forschungsdirektor und koordiniert alle wissenschaftlichen Aktivitäten des Instituts in enger Abstimmung mit IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann*. Caliendo folgt *Daniel S. Hamermesh* nach, der die Position des Forschungsdirektors bis Ende 2008 innehatte.

Der 34-jährige Caliendo ist bereits seit August 2007 für das IZA tätig und prägte in führender Rolle die Forschungsarbeiten des IZA auf dem Gebiet der Evaluation von Arbeitsmarktpolitik. Zuvor war Marco Caliendo zwei Jahre am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) tätig. Nach seinem Studium der Volkswirtschaftslehre an der Goethe-Universität Frankfurt und der University of Manchester erhielt er

im Jahr 2000 sein Diplom und wurde im Jahr 2005 in Frankfurt promoviert.

Marco Calendos aktuelle Forschungsschwerpunkte liegen in der empirischen Arbeitsmarktforschung und der angewandten Mikroökonomie. In seinen zahlreichen Veröffentlichungen beschäftigt er sich unter anderem mit der Weiterentwicklung der Evaluationsmethodik, den Auswirkungen von Arbeitsmarktreformen, den Determinanten von Existenzgründungen und Unternehmenserfolg sowie mit dem Einfluss von Persönlichkeitsmerkmalen auf den wirtschaftlichen Erfolg.

„Der neue IZA-Forschungsdirektor bringt alles mit, um in seiner neuen Funktion er-

folgreich zu sein: Eine ausgezeichnete, breite Fachkompetenz, viel Dynamik und einen klaren Blick für politisch und methodisch relevante Forschungsfragen“, sagte IZA-Direktor Zimmermann anlässlich der Vorstellung Calendos in Bonn.



Marco Caliendo

Mit der Ernennung des neuen Forschungsdirektors unterstreicht das IZA seinen Führungsanspruch in der politikorientierten Arbeitsmarktforschung.

## David G. Blanchflower neuer IZA-Programmdirektor „Zukunft der Arbeit“

Zu Jahresbeginn 2009 hat *David G. Blanchflower* seine Arbeit als neuer IZA-Programmdirektor für den Forschungsschwerpunkt „Zukunft der Arbeit“ aufgenommen. Damit folgt Blanchflower *Daniel S. Hamermesh* nach, der die Forschungsarbeiten des Instituts auf diesem Gebiet von 2001 bis 2008 koordiniert und im Anschluss das Amt des IZA-Forschungsdirektors übernommen hatte. „Wir freuen uns, mit David Blanchflower einen der renommiertesten europäischen Ökonomen für diese Aufgabe gewonnen zu haben. Er wird die ausgezeichnete Arbeit von Dan Hamermesh konsequent fortführen und zugleich neue Akzente setzen. Die Zukunft der Arbeit gehört sicher zu den spannendsten Forschungsthemen des IZA,

gerade auch unter dem Eindruck der gegenwärtigen weltweiten Wirtschaftskrise“, sagte IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* anlässlich der Vorstellung Blanchflowers.

Der 56-jährige neue IZA-Programmdirektor absolvierte die ersten Etappen seiner wissenschaftlichen Laufbahn unter anderem an der University of Leicester (BA), der University of Wales (M.Sc.) und der University of London (Ph.D.), bevor er Lehraufgaben an der University of Warwick und der University of Surrey übernahm. Seit 1993 ist er Professor für Wirtschaftswissenschaften am Dartmouth College in Hanover, New Hampshire. Mit dem IZA ist er als Research Fellow bereits seit 1999 eng verbunden. Über seine

akademischen Aktivitäten hinaus ist Blanchflower, der neben der britischen zugleich die US-amerikanische Staatsbürgerschaft besitzt, auch politiknah tätig. Seit 2006 gehört er dem finanzpolitischen Beirat der Bank of England an. Blanchflowers Publikationsspektrum ist ungemein breit. Zu seinen bevorzugten Forschungsthemen gehören Fragen von Gewerkschaftsbindung, Selbständigkeit, Lohnfindung und Jugendarbeitslosigkeit.



David G. Blanchflower

## IZA-Fellow Alan Krueger neuer Staatssekretär im US-Finanzministerium

IZA-Preisträger *Alan B. Krueger* (Princeton University) ist nach seiner Bestätigung durch den US-Senat im Mai 2009 zum Staatssekretär für wirtschaftspolitische Fragen des US-Finanzministeriums berufen worden. Er nimmt damit eine Schlüsselstellung in den politischen Anstrengungen der Obama-Administration zur Bewältigung der Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ein. Krueger ist seit dem Jahr 2000

Research Fellow des IZA. Gemeinsam mit *David Card* (University of California, Berkeley) erhielt er 2006 den IZA Prize in Labor Economics für seine herausragenden Leistungen auf dem Gebiet der politikorientierten empirischen Arbeitsmarktforschung. IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* begrüßte die Nominierung Kruegers: „Alan Krueger ist einer der brilliantesten Ökonomen Amerikas. Es ist richtig, dass er in diesen

schwierigen Zeiten die Herausforderung annimmt, an politisch exponierter Stelle die Antworten der USA auf die Wirtschaftskrise mit zu gestalten.“



Alan B. Krueger

## Humboldt-Professur für IZA-Programmdirektor Gerard van den Berg

*Gerard J. van den Berg*, Programmdirektor des IZA-Forschungsbereichs „Evaluation von Arbeitsmarktpolitik“, wird mit der Alexander von Humboldt-Professur 2009 ausgezeichnet. Dies gab die Alexander von Humboldt-Stiftung am 27. Februar 2009 in Bonn bekannt. Van den Berg ist der erste Ökonom überhaupt, dem diese hohe Auszeichnung zuteil wird. Die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des Internationalen Forschungsfonds für Deutschland finanzierte Alexander von Humboldt-Professur ermöglicht die Durchführung langfristiger Forschungsarbeiten an deutschen Hochschulen und

Forschungseinrichtungen und soll so den Forschungsstandort Deutschland stärken. Gerard van den Berg lehrt zur Zeit an der Freien Universität Amsterdam. Für die Dauer von 5 Jahren erhält er ein Preisgeld von 3,5 Millionen Euro, um mit seiner wegweisenden Forschung auf dem Gebiet der Ökonometrie der Universität Mannheim zu helfen, „von einer deutschen Topereinrichtung auf diesem Gebiet zur internationalen Spitze aufzusteigen“, erklärte die Humboldt-Stiftung.

IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* gratulierte Gerard van den Berg: „Er ist einer

der Besten seines Faches und durch seine enge Kooperation mit dem IZA schon seit langen Jahren in Deutschland sehr aktiv. Seine Vernetzung mit der deutschen Wissenschaft erhält jetzt große zusätzliche Dynamik. Die Alexander von Humboldt-Stiftung hat eine ausgezeichnete Wahl getroffen.“



Gerard J. van den Berg

## Ehrendoktorwürde der Universität Lund für IZA-Programmdirektor Barry Chiswick

IZA-Programmdirektor *Barry R. Chiswick* erhält die Ehrendoktorwürde der renommierten schwedischen Universität Lund. Die dortige Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und Management würdigt damit Chiswicks herausragende akademische Leistungen und seine Beiträge zur Migrationsforschung, die auch im Zentrum seines Wirkens am IZA stehen. Die feierliche Verleihung der Ehrendoktorwürde an

Chiswick wird am 29. Mai 2009 in Lund stattfinden.

Barry R. Chiswick ist seit 1978 Professor für Ökonomie an der renommierten University of Illinois at Chicago (UIC), wo er unter anderem das UIC Center for Economic Education als Gründungsdirektor aufbaute. Seit 2004 koordiniert er als Programmdirektor den IZA-Forschungs-

bereich Migration und ist in dieser Funktion unter anderem an der Organisation des IZA Annual Migration Meeting maßgeblich beteiligt.



Barry R. Chiswick

## IZA-Fellow Justin Wolfers wird Mitherausgeber der Brookings Papers

IZA Research Fellow *Justin Wolfers* (University of Pennsylvania) ist gemeinsam mit *David Romer* (University of California, Berkeley) und *IWF* zum Herausgeber der halbjährlich erscheinenden Fachzeitschrift *Brookings Papers on Economic Activity* (BPEA) ernannt worden. In der Reihe publiziert die renommierte Brookings Institution (Washington, DC) seit 1970 aktuelle Forschungsarbeiten führender Wirtschaftswissenschaftler.

Zu den ehemaligen Herausgebern der BPEA zählen viele hochkarätige US-Ökonomen wie *Douglas W. Elmendorf* (Direktor des Congressional Budget Office), *N. Gregory Mankiw* (Harvard University, ehemaliger Wirtschaftsberater des US-Präsidenten)

und *Lawrence H. Summers* (Direktor des National Economic Council, ehemaliger Chef der US-Notenbank).

Wolfers ist Associate Professor an der Wharton School, University of Pennsylvania. Bereits seit 2004 ist er dem IZA als Research Fellow und Autor zahlreicher IZA Discussion Papers eng verbunden. Darüber hinaus ist er assoziierter Forscher des National Bureau of Economic Research (NBER), des Centre for Economic Policy Research (CEPR) und der San Francisco Federal Reserve Bank. Im Jahr 2002 erhielt er den Preis des Milken-Instituts für herausragende Forschungsarbeiten in der Wirtschaftswissenschaft.

Zu seinen aktuellen Forschungsinteressen zählen insbesondere die Arbeits- und Verhaltensökonomie. Darüber hinaus hat er auch zu makroökonomischen und staatswissenschaftlichen Themen publiziert.

Die New York Times zählt Justin Wolfers zu den 13 führenden Nachwuchsökonominnen der Vereinigten Staaten.



Justin Wolfers

## IZA-Buchbeitrag: Zuwanderung Hochqualifizierter sorgt für mehr ökonomische Gleichheit

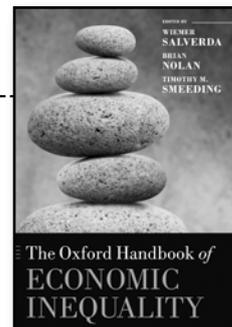
Internationale (Arbeits-)Migration leistet einen Beitrag zur effizienten Ressourcenzulokation in der Weltwirtschaft. Während dies durch zahlreiche Studien dokumentiert ist, sind die Auswirkungen der Zuwanderung auf die Veränderung wirtschaftlicher Ungleichheit in den Herkunfts- und Zielländern der Migranten weniger gut erforscht. Diesem Thema widmet sich die Studie „International Migration, Ethnicity and Economic Inequality“ der IZA-Experten *Martin Kahanec* und *Klaus F. Zimmermann*, die soeben im

Oxford Handbook of Economic Inequality erschienen ist. Der Beitrag gelangt zu dem Ergebnis, dass qualifizierte Zuwanderung zur Verringerung wirtschaftlicher Ungleichheit im Zielland führt, während dieser Zusammenhang für gering qualifizierte Immigration nicht nachweisbar ist. Die Studie diskutiert dabei auch die ökonomische Bedeutung von Zuwandererselection, Integration und ethnischer Identität.

Das neue Oxford Handbook of Economic Inequality enthält zahlreiche weitere Untersuchungen zu den Determinanten wirtschaftlicher Ungleichheit in hochentwickelten Volkswirtschaften.

*Wiemer Salverda/Brian Nolan/Timothy M. Smeeding*  
(Hrsg.)

**The Oxford Handbook of Economic Inequality**  
Oxford University Press, 2009  
ISBN 978-0-19-923137-9



## Neues Buch: Unternehmertum ethnischer Minderheiten in den USA

In den Vereinigten Staaten stehen Angehörige ethnischer Minderheiten als Existenzgründer vor sehr ungleichen Ausgangsvoraussetzungen und Erfolgsaussichten. Afroamerikaner haben mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen, wohingegen eingewanderte Asiaten als Selbstständige im Vergleich deutlich höhere Einkommen erzielen und auf dem Markt insgesamt erfolgreicher agieren. Die Gründe für diese – auch für die Integrationspolitik anderer Staaten aufschlussreiche

– Diskrepanz analysiert ein neues Buch, das IZA Research Fellow *Robert W. Fairlie* und *Alicia M. Robb* (beide University of California, Santa Cruz) vorgelegt haben. Der Band liefert neue Erkenntnisse über die Rolle von Humankapital, familiärem Hintergrund und Startkapital für die erfolgreiche Existenzgründung. Unter Beteiligung von Robert Fairlie geht das IZA diesen Fragen im Rahmen von Forschungs-

arbeiten nach, die unter anderem von der Volkswagen-Stiftung gefördert worden sind.

*Robert W. Fairlie/Alicia M. Robb*  
**Race and Entrepreneurial Success**

MIT Press, Cambridge, MA, 2008  
ISBN 978-0-262-06281-7



## Neues Buch: Staatsangehörigkeit und ökonomischer Erfolg von Zuwanderern

Die Frage, welchen Einfluss die Staatsangehörigkeit auf den ökonomischen Erfolg von Zuwanderern nimmt, ist von erheblichem Interesse für eine nachhaltige Migrations- und Integrationspolitik. Während großzügige Zuwanderungsregeln eine eher zurückhaltende Einbürgerungsstrategie nahelegen, erscheint im Falle einer aktiv praktizierten Auswahl von Immigranten ein frühzeitiges Einbürgerungsangebot nur folgerichtig. Das IZA widmet dieser Thematik umfangreiche Forschungsarbeiten, unter anderem im Rahmen des von der VolkswagenStiftung unterstützten Projekts „The Economics and Persistence of Migrant Ethnicity“ (siehe IZA Compact Juli 2008). Dieses von IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* und IZA-Programmdirektorin *Amelie F. Constant* (DIW DC, George Washington University und IZA) koordinierte Forschungsprojekt setzt einen starken Schwerpunkt in der Analyse von ökonomischen Effekten von Einbürgerungspolitiken.

melt das Buch aktuelle Bestandsaufnahmen zu den Erfahrungen in Kanada, Norwegen, Schweden, den Niederlanden und in den USA. Es liefert auf diese Weise ein überzeugendes Plädoyer für ein politisches Konzept, das sich die positiven ökonomischen Effekte von Zuwandererauswahl und -einbürgerung zunutze macht.

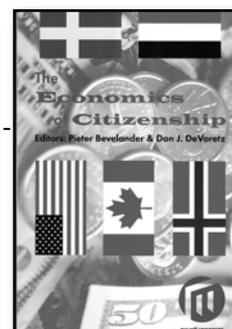
tersuchte Länder erwirtschaften ebenfalls einen deutlichen Mehrwert aus ihrer Einbürgerungspolitik, vor allem dann, wenn deren Großzügigkeit mit strengen Kriterien für die Zuwandererauswahl einhergeht.

Die präsentierten Forschungsergebnisse weisen darauf hin, dass sowohl der Prozess der Zuwandererauswahl eines Landes als auch die Integrationsanstrengungen der Immigranten im Vorfeld ihrer späteren Einbürgerung den ökonomischen Mehrwert, der aus der Einbürgerung gezogen wird, beeinflussen. Dieser Mehrwert selbst realisiert sich in Form eines höheren Einkommens, höherer Steuerzahlungen und geringerer Inanspruchnahme staatlich finanzierter Dienstleistungen. Beispielsweise steigt der zu Lebzeiten geleistete Nettobeitrag zum kanadischen Staatshaushalt pro kanadischem Zuwandererhaushalt von \$35.000 vor der Einbürgerung auf \$68.000 nach der Annahme der kanadischen Staatsangehörigkeit. Gleichzeitig verdienen eingebürgerte Kanadier in ihrem Leben 15 bis 30% mehr als Nicht-Staatsbürger. Andere in diesem Buch un-

tertsuchte Länder erwirtschaften ebenfalls einen deutlichen Mehrwert aus ihrer Einbürgerungspolitik, vor allem dann, wenn deren Großzügigkeit mit strengen Kriterien für die Zuwandererauswahl einhergeht. Offenbar ist es ein „dreifacher Auswahlprozess“, der am Ende einen maximalen Einbürgerungsmehrwert mit sich bringt. Legt das Einwanderungsland, wie etwa im Falle Kanadas, erklärtermaßen Wert auf die Einreise qualifizierter Zuwanderer, führt dies zu einer positiven Selbstselektion potenzieller Immigranten, die dann im Verlauf des Auswahlverfahrens noch verstärkt wird. In einem dritten Schritt erwerben Zuwanderer, die sich für eine Einbürgerung entscheiden, in Eigeninitiative selbst das nötige Humankapital, um den Mehrwert aus der Annahme der neuen Staatsangehörigkeit für sich nutzbar zu machen.

*Bevelander, Pieter/ DeVoretz, Don J.*  
(Hrsg.)

**The Economics of Citizenship**  
Malmö University (MIM), 2008  
ISBN 978-91-7104-079-4





## Die Schotten bleiben dicht!?

### EU-Freizügigkeit darf nicht länger eingeschränkt werden

Pünktlich zum fünfjährigen Jubiläum der EU-Osterweiterung haben die Regierungen Berlins und Wiens angekündigt, den Zugang für Arbeitnehmer aus den Beitrittsländern des Jahres 2004 (Tschechien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien und die Slowakei) bis 2011 weiterhin zu beschränken. Damit stehen beide Länder isoliert da, denn die anderen europäischen Staaten haben längst den gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkt realisiert. Auch Belgien und Dänemark haben soeben die letzten Beschränkungen für die neuen EU-Bürger aufgehoben. Angesichts der Tatsache, dass diejenigen Staaten, die frühzeitig ihre Arbeitsmärkte für osteuropäische Zuwanderer geöffnet haben, davon bis heute klar profitieren, droht die nochmalige Beschränkung der Freizügigkeit zum wirtschaftspolitischen Eigentor zu werden.

Zu Recht ist in der Europäischen Union Unruhe über diese Politik entstanden. EU-Sozialkommissar Vladimir Spidla forderte beide Länder zur vollständigen Öffnung ihrer Arbeitsmärkte auf, und auch die tschechische EU-Ratspräsidentschaft kritisierte deren restriktive Arbeitsmarktpolitik scharf. Allein letzteres zeigt, dass Verweise auf die Gefahren eines Brain-Drains für die Herkunftsländer von osteuropäischen Arbeitsmigranten der Grundlage entbehren. Auch belegen die bisherigen Erfahrungen in der EU, dass die Öffnung weder eine Massenmigration an zuwandernden Sozialhilfeempfängern noch an unqualifizierten Arbeitnehmern verursacht hat. Die demonstrative Schotten-dicht-Politik Österreichs und Deutschlands schadet letztlich den Volkswirtschaften beider Länder. Was nützt es, wenn etwa die deutsche Politik einerseits geräuschlos eine sinnvolle Regelung zur unbürokratischen Arbeitsgenehmigung auch für hochqualifizierte Zuwanderer aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten trifft, andererseits aber lautstark ganz andere Signale geschlossener Tore nach außen sendet? So wird man keine Fachkräfte für den deutschen Arbeits-

markt gewinnen, sondern sie werden sich auch weiterhin für andere Zielländer entscheiden. Das Qualifikationsniveau osteuropäischer Zuwanderer in Deutschland hat nicht von ungefähr in den letzten Jahren abgenommen.

Insbesondere die Entscheidung der größten Volkswirtschaft der EU für die Fortsetzung der Abschottungspolitik gegenüber osteuropäischen Arbeitsmigranten ist ein protektionistischer Akt, der nicht nur zu normalen Zeiten ein Schlag ins Gesicht für eine Strategie offener europäischer Märkte wäre. In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist eine solche Politik besonders kurzfristig. Arbeitskräftemobilität ist ein wichtiges Instrument zur Krisenbewältigung. Die Wirtschaftskrise böte den Regierungen Deutschlands und Österreichs im Übrigen die Chance, ihre bis dato verfehlte Migrationspolitik zu korrigieren. Denn die international präsenten Fachkräfte aus den Beitrittsländern positionieren sich jetzt mit langfristigen Konsequenzen neu. Sie waren zunächst überwiegend nach Irland und Großbritannien migriert, wo die Wirtschaftskrise zurzeit besonders stark spürbar ist. Auch die ökonomische Lage in den Herkunftsländern entwickelt sich derzeit problematisch. Bei offenen Grenzen hätten deutsche und österreichische Unternehmen also neue Optionen zur Personalgewinnung.

Nichts spricht für die fortgesetzte Einschränkung der Freizügigkeit in Deutschland und Österreich. Alles spricht für eine Öffnung des Arbeitsmarktes und für eine aktive Werbung um osteuropäische Fachkräfte. Die Europäische Kommission hat Recht: Die Politik Österreichs und Deutschlands nützt niemandem, schadet aber vielen.



Klaus F. Zimmermann



Institut zur Zukunft der Arbeit



Herausgeber: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann  
Redaktion: Mark Fallak, Holger Hinte  
Adresse: IZA, Postfach 7240, 53072 Bonn  
Tel.: +49 (0) 228 - 38 94 223  
Fax: +49 (0) 228 - 38 94 180  
E-Mail: compact@iza.org  
Internet: www.iza.org  
Grafiken/Fotos: IZA  
Druck: Güll GmbH, Lindau  
Layout: IZA